

# Die Ameise.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schliess an ein Ganzes Dich an!

## Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwandter Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Interate in Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassirer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelhofer 15 II.

Nr. 44.

Berlin, den 2. November 1900.

27. Jahrg.

### Erworbene Rechte der Arbeiter.

Von Brutus.

Nicht selten findet man in der Arbeiterpresse die Notiz, daß eine Fabrik abgebrannt oder eingegangen oder verkauft ist, wodurch die Arbeiter derselben arbeitslos geworden sind. So las man in Nr. 40 der „Ameise“ dicht hinter einander: „Durch die Versuche der Firma Carl Bauer in Neustadt-Magdeburg, ihre Steingutfabrik zu verkaufen, sind auch fünf unserer Mitglieder bereits arbeitslos geworden“ und ferner: „Am 2. September ist die Steingutfabrik von Schmeller u. Gercke in Althaldensleben von einem größeren Brandunglück betroffen worden, welches Glasurmühlen, Maschinen und Tischlerwerkstatt vernichtet hat. Neunzehn Mitglieder des Magdeburger Verbandes sind dadurch arbeitslos geworden.“ Hier haben wir zwei Fälle, in denen, einmal durch einen wirtschaftlichen Vorgang und einmal durch ein Naturereignis, Arbeiter verhindert worden sind, ihre Arbeitskraft an gewohnter Stelle zu veräußern; sie sind von ihren Arbeitsstellen verdrängt worden, an denen sie vielleicht seit Jahren oder Jahrzehnten treu und fleißig im Dienste ihres Unternehmers geschafft haben. Sie wurden plötzlich auf die Straße geworfen und sind brotlos geworden.

Wer entschädigt diese Leute für ihren Verlust? Kein Mensch. Sie haben ja kein Recht auf Arbeit und am allerwenigsten auf ihre Arbeitsstelle. Wer sollte sie also entschädigen? Es giebt für die Arbeiter keine erworbenen Rechte.

Dieser Grundsatz in unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist so ungeheuerlich und schlägt jedem Sozialempfinden so brutal ins Gesicht, daß es sich wohl verlohnt, ihn einmal unter die Lupe zu nehmen.

Wenn es sich um die erworbenen Rechte der Bourgeoisie handelt, so gilt die Entschädigungspflicht als selbstverständlich. Als man vor einigen Jahren in Preußen die Steuerfreiheit der Standesherrn aufhob, entschädigte man letztere durch Zahlung mehrerer Millionen Mark dafür, daß sie sich seit Jahrhunderten davor gedrückt hatten, ihren Teil an den

öffentlichen Lasten zu tragen. Dieses „wohl-erworbene Recht“, das man vom Standpunkte des Volkes aus als ein geschichtliches Unrecht schlimmster Art bezeichnen muß, wurde peinlich respektiert und aus dem Säckel des Volkes abgelaßt. Die Verpflichtung, ein erworbenes Recht abzulösen, ist dem deutschen Volke so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß man es sogar für angebracht hält, bei der Stabilisierung der sozialistischen Zukunftsgesellschaft die bisherigen Unternehmer für den Verlust ihres Ausbeutungsrechts reichlich zu entschädigen. Dasselbe Volk, das sich von dem profitierenden Kapital hat ausbeuten lassen, besitzt den Edelmut, seine Ausbeuter für ihre bisherige Thätigkeit königlich zu belohnen. Das ist wahrhaftig noch nobler, als wenn man seinem Hauswirth beim Mietbezahlen ein schönes Trinkgeld in die Hand drückt, das ist so edel, wie wenn man einer Räuberbande, der das Handwerk gelegt worden ist, für den Verlust ihres Rechts auf Raub eine anständige Abstandssumme zahlen wollte.

Als im vorigen Jahre im Reichstage die Beseitigung der Privatposten zur Debatte stand, die ja inzwischen stattgefunden hat, handelte es sich um die Frage, ob der Staat die ihm hinderlich erscheinenden Privatrechte einfach beseitigen dürfe oder aber sie ablösen müsse. Diese Frage ist um so bedeutungsvoller, als der Staat — nach den Worten Lassalles — das Bestreben hat, immer mehr die Eigenthumssphäre des Privat-Individuums zu beschränken und immer mehr Objekte außerhalb des Privateigenthums zu setzen, oder mit andern Worten, daß der Staat das Bestreben hat, immer mehr Zweige des Privatverkehrs zu verstaatlichen. Der Streitpunkt, ob und welche Entschädigungen den Besitzern der Privatposten bezahlt werden sollen, war ein gefundenes Fressen für die Herren Juristen und schaltete ihren Scharfsinn an. Das Reich begann Rechte zu expropriieren, die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sich gegen diese Maßnahmen und fürchten sich vor den Konsequenzen. Dazu kam noch, daß es die Besitzer der Privatposten durch zielbewusste Agitation fertig gebracht hatten, die bürgerlichen Parteien für sich zu interessieren.

Es entwickelte sich also eine sehr interessante Debatte, die auf unsere Untersuchung ein willkommenes Schlaglicht wirft.

Ein Anzahl der Juristen war der Meinung, daß die jetzigen Besitzer solcher Anstalten ein wohl erworbenes Recht auf künftigen Profit haben. Sie ließen die Frage ganz außer Betracht, daß Konkurrenz-Unternehmungen gegründet werden können, wodurch jeder Profit verloren geht. Das „wohl erworbene Recht“ wurde beständig in den Vordergrund gerückt. Als der Abgeordnete Singer einmal sagte, daß die Entschädigungsfrage mehr eine Frage der Willigkeit als eine solche des Rechts sei, stießen viele Juristen särmliche Entrüstungsrufe aus. Der ultramontane Oberlandesgerichtsrath Noeren nahm auch das Wort, um die Entrüstung zu begründen. Er sagte, weil die Besitzer der Privatposten ihre Gewerbe nicht widerrechtlich ausüben, sondern nach den bestehenden Gesetzen das Recht dazu haben, steht ihnen ein Anspruch auf Entschädigung für entgangenen Gewinn zu, sobald die Gesetze die fernere Ausübung des Gewerbes hindern.

Abgeordneter Stadthagen griff die Wichtigkeit eines solchen Rechtsgrundsatzes an und bewies, daß man in den Fällen, wo die Geschädigten keine Großkapitalisten sind, diesen Rechtsgrundsatz nicht gelten läßt. So hat z. B. das Zentrum veranlaßt, daß ein großer Theil von Waaren vom Hausrhandel ausgeschlossen wurde und daß ferner vielen Personen, die sonst vom Hausrhandel lebten, dieser Handel untersagt worden ist. Hierbei hat man von keinem „wohl erworbenen Recht“ der Hausrer gesprochen.

Am Ende der damaligen Verhandlungen wurde beschlossen, den Inhabern der Privatposten und deren Angehörigen, falls sie nicht in den Dienst der „Reichspost“ übertreten, eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Wir gönnen selbstverständlich diesen Leuten ihre Entschädigung, müssen aber nichts desto weniger der Behauptung des Abgeordneten Stadthagen zustimmen, daß man die sogenannten wohl erworbenen Rechte wenig achtet, wenn es die Rechte armer Arbeiter sind oder wenn es sich um Leute handelt, die nicht zu

den „oberen Zehntausend“ zählen. Mit Recht erwähnte Stadthagen die Hausierer, denen man im Interesse des lebhaften Mittelstandes das Geschäft verboden hat, ohne sich darum zu kümmern, ob ein solcher Mann bereits Jahrzehnte lang seinem Erwerbe nachgeht. Nebenbei liegt es mit verschiedenen anderen Kategorien, denen man im wirklichen oder vermeintlichen Interesse der Gesellschaft die Lebensader unterblühet. In neuerer Zeit will man z. B. den Waarenhäusern an den Krügen, in der Absicht, ihnen durch eine sogenannte Erdrosselungssteuer das Genick umzudrehen. Falls diese Absicht gelingt, werden zahllose Angestellte dieser Geschäfte brotlos werden und müssen ihre erworbenen Rechte einbüßen, — die Inhaber der Häuser selbst werden nur vorübergehend getroffen, da sie ihr Kapital einfach in andere Unternehmungen stecken und dort „arbeiten“ lassen. Man sieht, daß die Arbeiter auch in diesem Falle die am meisten Geschädigten sind.

Man denke sich nur einige Fälle, die das Gesagte beleuchten und den Beweis erbringen sollen, daß die Arbeiter in Bezug auf ihre erworbenen Rechte recht- und schutzlos sind. Beim Brande einer Fabrik wird der Unternehmer, der sich gegen den Feuerschaden versichert hat, entschädigt und macht meistens noch ein gutes Geschäft dabei; er ist in der Lage, während der Zeit des Stillstehens seiner Unternehmung auskömmlich leben zu können und hat die Mittel, seine Fabrik neu aufzubauen und mit den neuesten technischen Einrichtungen versehen zu können. Für ihn war also der Brand ein glücklicher Zufall und wir haben noch kein Beispiel, daß ein Unternehmer, dem sein Stablflement abgebrannt ist, hat hungern müssen; im Gegentheil, manch einer ist durch einen Brand „rausgerissen“ und ein gemachter Mann geworden und seine Fabrik ist wie ein Phönix aus der Asche wieder erstanden. Ganz anders dagegen die Arbeiter einer solchen Fabrik. Wenn ihre Arbeitsstätte in Asche zerfällt, liegen sie auf der Straße und hungern, denn in den wenigsten Fällen gelingt es ihnen bekanntlich, bald eine entsprechende Arbeitsstätte wieder zu bekommen; zumal, wenn sie in der betreffenden Fabrik auf Spezialitäten gearbeitet haben und vielleicht für andere Arbeit nicht mehr zu gebrauchen sind, wird ihre Lage erst recht schlimm. Sie werden während des Wiederaufbaues der Fabrik zu erzwungenem Müßiggange verurtheilt und leiden mit ihrer Familie Noth. Weder ihrem Prinzipal, noch sonst einem Menschen fällt es ein, diese Armen für ihren Verlust zu entschädigen, höchstens wirft man ihnen einige Brocken aus der Armenkassette hin. Ein Recht auf Entschädigung erkennt Niemand an und die Arbeiter selbst wagen gar nicht einmal daran zu denken, so sehr ist auch ihnen die kapitalistische Rechtsanschauung in Fleisch und Blut übergegangen.

Oder ein anderer Fall. Der Eigenthümer eines Stablflements verkauft letzteres an den Staat, weil dieser den Grund und Boden zur Anlegung einer Eisenbahn, einer Chaussee oder zu sonstigen fiskalischen Zwecken nöthig hat. Die Fabrik geht ein, die Gebäude werden abgedrochen und die Arbeiter, die vielleicht Jahrzehnte hindurch treu und brav für ihren Herrn gearbeitet haben, werden in alle Winde zerstreut und sind einem unsichern Schicksal ausgeliefert. Der Fabrikbesitzer a. D. wird natürlich vom Staate entschädigt; er bekommt den Werth des Grund und Bodens und der darauf stehenden Gebäude ersetzt, nicht minder auch erhält er obendrein noch eine anständige Abfindungssumme dafür, daß er gezwungen wurde, sein einträgliches Geschäft aufzugeben. Kurz und gut, der Unternehmer hat durchaus keinen

Schaden, sondern Nutzen davon; er hat einen feinen Schnitt gemacht und setzt sich vielleicht zur Ruhe; er spielt Rentier und fährt ein sorgenvolles Leben, während seine früheren Arbeiter auf der Straße liegen und Hungerpfoten saugen. Die erworbenen Rechte des Unternehmers werden, wie Figura zeigt, entschädigt, die erworbenen Rechte der Arbeiter sind für die Katz.

Endlich ein dritter Fall. Ein Arbeiter, der seit vielen Jahren in einem Betriebe arbeitet, wird durch Neuanschaffung einer Maschine überflüssig und muß seinen Platz verlassen; in Folge seiner langjährigen einseitigen Beschäftigung und des herannahenden Alters findet er anderswo keine Arbeit mehr. Durch seine jahrelange Thätigkeit in dem Stablflement hatte er sich doch unstreitig ein gewisses Anrecht auf dauernde Arbeit erworben; wer entschädigt ihn also für den Verlust seiner erworbenen Rechte? Kein Mensch in der ganzen Welt. Und wenn der Entlassene 30, 40 oder 50 Jahre an einer Stelle gearbeitet hat, mit dem Tage seiner Entlassung erlischt jegliches Anrecht auf Entschädigung. Der Fabrikant, der seines größern Profits wegen alte Arbeiter aufs Pflaster wirft, zuckt die Achsel; höchstens versteht er sich „aus Gnade und Barmherzigkeit“ dazu, ihnen ein paar Mark zu geben; ein Recht darauf haben die Arbeiter nicht. Einem Beamten gegenüber, der seine Kräfte im Dienste der Allgemeinheit verwendet, ist der Staat entschädigungspflichtig; hat er keine Verwendung mehr für ihn, so stellt er ihn mit Wartegeld zur Disposition, bis derselbe anderswo untergebracht worden ist, einem Arbeiter gegenüber erkennt weder Staat noch Privatunternehmer irgendwelche Entschädigungspflicht an.

Aus den angeführten Beispielen, die sich noch beliebig vermehren ließen, ergiebt sich unwiderleglich, daß nach der heutigen Rechtsauffassung die Arbeiter keine erworbenen Rechte haben, sondern der Willkür des Unternehmers ausgeliefert sind. Es ist dies nicht zu verwundern, denn das heute geltende Recht beruht auf der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft und spiegelt die Rechtsbegriffe des Bürgerthums wieder, weshalb man auch sehr bezeichnend von einem „bürgerlichen Gesetzbuch“ spricht. Da in einer Klassengesellschaft immer nur die Rechtsbegriffe der jeweils herrschenden Klasse maßgebend sind, so ist es ganz selbstverständlich, daß unser heutiges Recht auf das Wesen und die Interessen des Kapitalismus zugeschnitten ist. Der Kapitalismus hat heute die Macht und darum auch das Recht in Händen.

Das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft beruht auf dem Eigenthum und zwar auf dem Eigenthum an Sachen; dieses Eigenthum genießt den weitgehendsten Schutz durch Rechtsnormen. Das Eigenthum der Arbeiterklasse besteht in einer Fähigkeit, nämlich in der Arbeitskraft d. h. in einer körperlichen und geistigen, mit der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen verbundenen Fähigkeit, Gebrauchswerte irgend welcher Art zu erzeugen oder Dienstleistungen irgend einer Art zu verrichten. Dieses Eigenthum ist schutz- und rechtlos. Man beachte nur den Unterschied: Wer einem Andern eine fremde bewegliche Sache in rechtswidriger Absicht wegnimmt, ist ein Dieb, wer dies mit Gewalt oder mittels Drohung thut, ist ein Räuber, wer es unter Vorspiegelung falscher Thatsachen thut, ist ein Betrüger; ein Unternehmer aber, der es versteht, durch Anwendung von List und Pfaffen oder unter Nennung der Nothlage des Arbeiters letzterem für möglichst wenig Geld, möglichst viel Arbeitskraft anzupressen, ist ein solcher Mann und kann noch mal Kommerzienrath werden.

Ebenso ist es mit dem Anspruch auf eine eventuelle Entschädigung für Verluste. Nimmt man einem Menschen sein Eigenthum an Sachen und damit die Möglichkeit, Profite zu erzielen, so entschädigt man ihn dafür, nimmt man ihm aber die Möglichkeit, seine Fähigkeiten zu verwenden, so ist von keiner Entschädigungspflicht die Rede. Und doch wäre sie vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus in beiden Fällen anzuerkennen.

Heute gilt, wie gesagt, noch das bürgerliche Recht; erst hier und da bemerken wir Ansätze zu einem Arbeiterrecht. Aufgabe der Arbeiterorganisationen ist es, diese Keime zu pflegen und zur Reife zu bringen, damit der Arbeit endlich einmal ihr Recht werde. Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters ist es aber, sich mit derartigen Fragen, wie wir sie heute berührt haben, etwas eingehender zu beschäftigen und dem neuen Rechte den Weg zu bahnen in den Köpfen der Kollegen. Solange aber, bis das neue Recht den Sieg davon getragen haben wird über das alte Unrecht, muß die organisierte Selbsthilfe eingreifen, um die Arbeiter gegen die Folgen ihrer Rechtlosigkeit zu schützen. Ein Mittel zu diesem Zwecke ist der Ausbau des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften, ein anderes ist der stete, unablässige Druck auf die öffentlichen Gewalten in der Richtung auf Beseitigung der heutigen Rechtsungleichheit.

### Sinein in die Gewerkschaft.

Wie oft und in welchen Variationen wird diese Parole ausgegeben! Und doch muß immer und immer wieder den Arbeitern dieser Ruf entgegengehalten werden, kann doch nur von einem festen Zusammenschluß der Berufsgenossen und Genossinnen ein Besseres für die ganzen Lebensverhältnisse herauskommen. Und so wollen wir auch einmal zur Abwechslung die Ausführungen eines Ministers dazu verwenden, um an die Porzellanarbeiter einen Appell ergehen zu lassen, sich der Organisation anzuschließen. Der betreffende Minister ist freilich kein einem deutschen Ministerium angehöriger, es ist vielmehr ein französischer, ja, er bekennt sich auch zur Sozialdemokratie. Er ist aber trotzdem Handelsminister der französischen Republik. Also, der Minister Millerand macht, wie unsere Minister auch, ab und zu Reisen, um sich über dasjenige zu orientiren, was mit seinem Ressort zusammenhängt. Und dabei veräußert er auch nicht, Fühlung mit den Arbeiterkreisen zu nehmen.

Am 7. Oktober hat er bei einem Bankett, das der sozialistische Gemeinderath der Stadt Lens gegeben hat, eine Rede gehalten, in der der Grundgedanke in der Nothwendigkeit der Organisation gipfelt.

„Der Minister warf zunächst einen Rückblick auf die Wirksamkeit des nunmehr 16 Monate bestehenden Ministeriums der republikanischen Verteidigung. Allen Angriffen und Verleumdungen zum Trotz, unter den schwierigsten inneren und äußeren Umständen hat die Regierung die Ruhe auf der Straße wie in den Gemüthern herzustellen vermocht. Der unvergeßliche Tag des 22. September, das Bankett der Bürgermeister, hat das gewaltige Werk der Auslieferung gekrönt und in seinem elementaren Ausbruch republikanischer Vorkriegslust und Begeisterung die großen Tage der Revolution erreicht. Der Redner erinnerte die Zuhörer an die schwere Zeit, als er vor sieben Jahren während des großen Bergarbeiterstreiks in denselben Bezirk kam, um mit seinem Rathe und mit seinem Wort den Bedrängten behelfende Hilfe zu leisten. Die Erinnerung jener gemeinsamen Leiden, so schmerzlich sie auch sei, ruft auch die Solidarität ins Gedächtniß zurück, die aus den gemeinsamen bestehenden Kämpfen erwuchs und ein Unterpfand künftiger Siege ward.“

Millerand schloß hierauf die geschichtliche Entwicklung des Sozialrechts der französischen Arbeiter: Es hat eine, heute allerdings fernliegende Epoche gegeben, in der sich die Gemüthsart des Lebens dem Proletariat untergeordnet war. Die Sozialtion wurde wie ein Berechnen betrachtet. Da kam ein Tag — es war im

Jahre 1864 — da das Kaiserreich selbst, in dem thörichtesten Glauben, die Arbeiter vergessen machen zu können, daß die politische Freiheit die erste und notwendigste Bedingung aller anderen Freiheit ist, ihnen das Recht der Koalition verleiht. Es war ein ungeheurer Fortschritt, der die Kraft der Arbeiter entfaltete und ihnen die Freiheit gab, sich zu vereinigen und zu kämpfen. Ein heiliges Recht war gegründet, das keine Regierung mehr anzutasten wagen würde, denn es ist die letzte Zuflucht bedrohter Arbeiter.

Aber wer weiß besser als Sie, wie gefährlich die Ausübung dieses Rechtes ist? Wenn es Siege herbeigeführt hat, wie viel Niederlagen hat es auch verschuldet! Selbst wenn der Streik Erfolg hat, mit welchem Leiden müssen die Steiger ihren Triumph bezahlen! In diesem Kriege — denn wahrhaftig, es ist einer — giebt es nur Verwundete, die Arbeiter zuerst, dann die Unternehmer, die die unerwartete und ungelegene Unterbrechung der Produktion in einer auf der intensivsten Konkurrenz beruhenden Produktionsweise schwer trifft, endlich das Publikum, denn nur zu oft ist die materielle Wohlfahrt gestört. Die Gefahr eines solchen Kampfes legt denen eine hohe Verantwortung auf, die ihn beschließen und sie giebt den Bemühungen, seine ungeheuren Opfer zu vermeiden, einen unermesslichen Werth.

Vor einem Jahr hat in diesem Gebiete ein schwerer Konflikt zwischen den Unternehmern und den Arbeitern gedroht. Aber bevor Sie zum Streik schritten, trat Ihr Syndikat mit dem der Unternehmer zusammen und schloß in friedlicher Vereinbarung Forderungen durch deren Erbringung ein paar Jahre früher schwere Kämpfe gelöst hätte. Und vor einigen Wochen hat Ihr nationaler Kongress in Montcaule-Mines die Resolution gefaßt, daß von der Arbeiterschaft eines Unternehmens der Streik nicht erklärt werden dürfe, bevor die Majorität der Arbeiter in einer Generalversammlung bei geheimer Abstimmung den Beschluß auf Einstellung der Arbeit gefaßt habe, daß dieser Beschluß aber obligatorisch für alle Arbeiter bindend sei.

Ich weiß wohl, daß man gegen diesen Gedanken einen prinzipiellen Einwand erhebt. Einige Leute haben sich dagegen empört, daß eine Majorität von Arbeitern eine Minorität, sei es zur Fortsetzung, sei es zur Niederlegung der Arbeit, zwingen könne. Ich habe diesen Einwurf bereits in meiner Rede zu Creusot beantwortet, indem ich zeigte, daß man die Hunderte, ja Zehntausende, die in einem Unternehmen beschäftigt sind und es erhalten, nicht als isolirte Einzelpersonen ansehen kann, mit denen die Unternehmer besonders verhandeln könnten. Ihre Interessen sind miteinander verbunden, wie sie es mit denen der gesamten Gesellschaft sind. Der Gedanke des kollektiven Arbeitsvertrages hat selbst bei einem Manne wie Voes Guoi, der sein Leben der Bekämpfung der sozialistischen Lehren gewidmet hat, Zustimmung gefunden. Und ist es nicht ein ungeheurer Vortheil für alle Theile, Arbeiter, Unternehmer und Publikum, wenigstens die Kriegserklärung unter feste Bestimmungen zu bringen und durchzusetzen, daß sie nur erlassen werden darf, wenn die Mehrheit der Theilnehmenden mit ihr einverstanden ist?

Sie begreifen, daß die Organisation des Streiks zur ersten Voraussetzung die Organisation der Arbeiter hat. Und auch hier, Bürger, sind Sie berufen, das Muster zu geben, das dann mit den nöthigen Änderungen auch den Bedürfnissen der anderen Branchen angepaßt werden kann. Die Arbeiter einer oder mehrerer Werkstätten werden einverständlich einen oder mehrere Delegirte ernennen, die als Vermittler zwischen ihnen und der Direktion dienen sollen. Durch diese Delegirten wird die Majorität ihre Wünsche und Beschwerden zur Sprache bringen und sie allein wird entscheiden, ob der Widerstand des Unternehmers das Hilfsmittel des Ausstandes rechtfertigt. Wenn sie aber für den Streik entscheidet, muß Sorge getragen werden, daß der nunmehr unvermeidliche Krieg doch in möglichst kurzer Frist beendet werde. Die Werkzeuge des Friedensschlusses, das heißt, der Einigungsausschuß und das Schiedsgericht, müssen im Vorhinein organisiert und bereit sein. Das Gesetz über die fakultativen Schiedsgerichte von 1892 ist leider eine platonische Rundgebung geblieben. Man verlangt nun die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichtes, das bereits im Ausland besteht. Ich für meinen Theil bin damit einverstanden, und ich bin dafür, daß die festzusetzenden Strafen sehr beträchtlich und empfindlich seien, damit die Entscheidungen der Schiedsrichter nicht vergeblich bleiben. Ich hoffe, daß das Parlament den Ideen, die ich hier entwickelt habe, seine Zustimmung und die Bewirkung geben wird. Aber das Cabinet, dem ich angehöre, hat auch nicht den Vorwurf verdienen wollen, den frühere Ministerien sich gefallen lassen mußten, daß nämlich die Regierung die Rechte der Greuelgewalt nicht ausübe. Ich habe hier, soweit es in meiner Kraft stand, die Lösungen angebahnt, die ich für gerecht und notwendig hielt. So sind im Verordnungswege die Arbeitskräfte geschaffen worden. Man hat an dieser Ordnung, die wir in erster Linie zur friedlichen Beilegung der Konflikte zwischen der Arbeit und dem Kapital dienen soll, besonders ausgeführt, daß die Syndikate der Unternehmer und der Arbeiter darin die Hauptrolle spielen. Diese Bestimmung aber ist aus

der Politik hervorgegangen, die ich seit meinem Eintritt in das Ministerium in den Fragen der Arbeit immer befolgt habe. Diese Politik habe ich Ihnen hier dargestellt. In jeder Weise und bei jeder Gelegenheit habe ich den Arbeitern diese eine Lösung zugerufen: Organisiert Euch! Gründet Gewerkschaften!

Diese Politik hat mir zwei einander widersprechende Vorwürfe eingetragen. Die Einen klagen mich an, daß ich den sozialen Krieg organisiere. Die Anderen beschuldigen mich, daß ich mein altes Ideal verlassen hätte, um mich mit kindlichen Reformen zu begnügen. Weder der eine, noch der andere Vorwurf trifft mich. Ich bin dem Programm treu geblieben, das ich 1896 in Saint-Mandé skizzirte. Ich bleibe überzeugt, daß die Lohnarbeit ebensowenig ewig ist wie die Leibeigenschaft und Sklaverei, und daß das Eigenthum, ohne daß das Individuum nicht in wahrer Freiheit leben könnte, eines Tages in jener einzig möglichen Form bestehen wird, die durch die Entwicklung des Maschinen-systems und die Konzentration des Kapitals herbeigeführt wird, das heißt in einer sozialen Form, für alle Menschen ohne Ausnahme.

Sicherlich, die Verwirklichung dieses Ideals ist noch fern und seine Eroberung wird langwierig und mühselig sein, ein Werk der Zeit und der Erziehung. Aber weder durch Gewalt, noch durch Haß wird das Proletariat seine Emanzipation durchsetzen. Es wird sie erringen, indem es Tag um Tag seine Fähigkeiten stärkt, indem es sich selbst diszipliniert und erzieht. Die Emanzipation wird der Preis sein für heisse, unablässige Bemühungen, die ihre Belohnung nicht nur im Bewußtsein erfüllter Pflicht finden, sondern in unmittelbaren Verbesserungen, die täglich beträchtlicher und werthvoller werden.

Es ist die Aufgabe und die Pflicht der republikanischen Regierung, diese wohlthätige Entwicklung mit aller Kraft zu fördern. Darum habe ich mich in meiner Stellung mit dem Einsatz aller Kräfte und Fähigkeiten bemüht, der republikanischen Verteidigung und dem sozialen Fortschritt zu dienen, nichts vernachlässigt, um den Weg der friedlichen Emanzipation für den Schritt der Arbeiter zu bahnen. Zu dieser Politik des Friedens und der Reform bekenne ich mich, und vor den Arbeitern, die mich hören, wage ich, sie Frankreichs und der Republik würdig zu nennen!

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

In Margarethenhütte haben sämtliche Dreher und Lehrlinge wegen Lohndifferenzen und Maßregelung der Kommissionsmitglieder am Sonnabend, den 27. d. Mis. die Kündigung eingereicht. Es ist deshalb beschlossen worden, über die Firma Schomburg und Söhne (Margarethenhütte, Kocklau und Berlin) die Sperrre zu verhängen. Zugang ist streng fernzubehalten.

Der Verbandsvorstand.

### 20. Vorstandssitzung vom 5. 10. 1900.

Schneider auf Reisen. Der Redakteur nimmt an der Sitzung theil. Bericht vom Streik bei Schürer u. Vater wird zur Kenntniss genommen. — Arbeitsunterstützung für Mitglied 10175 in Rudolstadt wird abgelehnt, trotzdem die Zahlstelle die Gewährung für die ersten 4 Wochen beschränkt, da inzwischen bekannt geworden, daß das Mitglied einen selbstständigen Erwerb hat, der unzweifelhaft auch der restigen Kraft volle Beschäftigung gewährt. — Dem Mitgliede 17420 in Rudolstadt wird Unterstützung für 5 Wochen bewilligt. — Ein Mitglied will bei Giesel in Breslau als heimliches Mitglied in Arbeit treten, was der Vorstand aber nicht duldet. — Von Staffel wird Ausschluß des Mitgliedes 18881 beantragt, weil dasselbe angeblich einen Kollegen durch unlautere Mittel aus der Arbeit gebracht habe. Der einzige Zeuge ist der betreffende „Kollege“ selbst, der aber ein wegen Betrug aus dem Verband ausgeschlossenes Mitglied ist und deshalb als nicht glaubwürdig erachtet wird. Der Antrag wird daher abgelehnt. Ueber eine weitere Mitteilung aus Staffel, nach welcher ein Mitglied während einer Strafbast Arbeitslosenunterstützung bezogen habe, sollen Feststellungen erfolgen. — Mitglied 28515 ersucht um das Recht zur Arbeitsaufgabe unter Anerkennung von Unterstützung, da ihm sein rechtmäßiger Lohn vorenthalten werde. Der Vorstand lehnt dies ab. Mitglied soll kein Recht verlangen, nöthigenfalls im Wege der Klage erstreiten. — Mitglied 21709 ersucht wiederholt um Schadloshaltung in einem Rechtsstreit, was vorläufig abgelehnt wird, jedoch nochmals erwogen werden soll, wenn die dem Mitglied angebrochte Klage erhoben ist und die Klagefrist vorliegen wird. — Die Mittel für die durch Konsumbrände in Heilsberg entstandenen Kosten werden bewilligt. — Von Annaburg wird die Gründung einer Zahlstelle mitgeteilt, womit der Vorstand einverstanden ist. — Nach Urberg werden für den Streik bei Reichel aus der Verbandskasse 50 Mk.

zu besonderen Ausgaben, aus Sammelkassen 50 Mk. bewilligt. — Von Urberg wird Vorschlag gemacht und ein Vorstandswort: als Referent gewählt. Der Vorstand nimmt eine abweichende Stellung ein und kann, z. B. eine Delegation nicht beschließen. — Der Streikbrecher von Langewolzen wird mit dreijähriger Strafbastzeit aufgenommen. Bei lebhafter Zustimmung in der Organisation würde der Vorstand ihn später in die Strafbastzeit setzen. — Die Zahlstelle Magdeburg wird aufgestellt unter Verwendung der Mitglieder an die Zahlstelle Breslau.

Beihilfekonferenz. Die Mitglieder 1177 in Sorau und 5805 in Schleichbach werden in eine Strafbast von je 10 Mk. wegen Verstoß gegen § 13 des Stat. genommen. — Dem Mann in Wittg. 199 in Algenstein hat man eine als erforderlich nachgewiesene Kuratorkostenänderung bewilligt. — Das Mitglied 1140 in Dresden ist abgemeldet. Es soll auf die im Erkrankungsfall beträchtliche Pflanzung der Zahlstelle hingewiesen und dem Mitgliede die Mitwirkung in einer niedrigeren Beitragsstufe empfohlen werden.

G. Hollmann, Vorsitzender.

### 21. Vorstandssitzung vom 16. 10. 1900.

An der Sitzung nimmt Theil: der Redakteur, von dem Kassierer Postenauer, die Stenografen Hinz und Westphal, Heilmann, Hübner und Reizen, Annaburg, als Gäste.

In der Angelegenheit des Mitgli. W. Heilmann, in welcher der Verbandsvorstand dessen Kosten aus dem Schiedsgericht übernommen, erhält letzterer einen Bericht, wonach zwecks weiterer Beweisaufnahme, eine weitere Zeugenvernehmung, ein Termin auf den 13. November anberaumt worden ist. — Einem Bericht von Rudolstadt zufolge sind die Einigungsvorschläge mit der Firma Schürer und Vater aus dem Gewerkschaftsrecht noch nicht zum Abschluß gekommen und wird zur Wahrnehmung des nächsten Termins ein Vorstandsvorsteher verlangt, dem wird beigegeben und der Redakteur hierzu bestimmt. In Margarethenhütte ist die anlässlich der angeordneten Lohnverhandlung vorstellig gewordene Kommission genehmigt worden; die Zahlstelle hat beschlossen, für die einzutreten und auf eine Lohnveränderung sich unter keinen Umständen einzulassen; gleichzeitig wird ein Vorstandsvorsteher verlangt; hierzu wird der Schriftführer bestimmt. Es ist bei Firma Schomburg in Berlin-Rudolstadt und Kocklau beschäftigten Mitglieder ist im Falle eines eventuellen Konfliktes in Margarethenhütte solidarisch zu treten. Jegt der Vorstand als selbstständig vorzut. — Aufhören der Differenzen der Polsterarbeiten in Sell, dem die Anträge auf Aufhebung der Sperrre, mit der Schriftführer beauftragt im Ansatze an Margarethenhütte zwecks Information nach Sell zu gehen. — Von Grätzrodta wird beantragt, bei Firma Vater Forderungen einreichen zu dürfen, es die Arbeit niederzuliegen; nach Lage der Sache erscheint dem Vorstand die Situation nicht günstig, und sollen die künftigen Mitglieder ihr Vorhaben bis zu gelogener Zeit schriftlich; dieselben sollen zunächst zur Sache treten, daß die vielen Ueberstunden abschaffen werden. — Berichte von Burgstädt und Tilschwitz werden zur Kenntniss genommen. — In Sachen des früheren Mitgliedes 24718 Oibau, welcher sich an das Schiedsgericht gewandt, inzwischen aber wegen dessen gestrichen werden mußte, hatte der Vorstand beschlossen, dem Schiedsgericht mitzutheilen, daß diese Angelegenheit durch den Austritt des Mitgliedes erledigt sei. Dem Schiedsgericht genügt dies nicht und verlangt trotzdem Material in dieser Sache. Der Vorstand sieht bei seiner Aufstellung nicht, welche im § 6 (Bilder 2 und 3) des Statuts ihre Begründung findet. — Die Sperrre über Annaburg wird auf Antrag der Zahlstelle aufgehoben. — Dem Mitgliede 11629 Algenstein wird die einfache Unterstützung bewilligt; Nachzahlung für 1900 wird vertagt bis Recherche erfolgt ist. — Dem Ersuchen des Mitgli. 19880 Rappolts, die in Ueberleitung erfolgt Abmeldung 1899 abzugeben, wird ausnahmsweise beigegeben.

G. Hollmann, J. Schneider, Vorsitzender, Verbandsvorsteher.

### Quittung über eingezahlte Gelder im III. Quartal 1900.

Altwasser 69,76. Alt übergeben 11,00. Wort 40. Wien 64,04. Weyberg 245,77. Berlin I 50,75. Berlin II 52,36. Berlin-Rudolstadt 245,62. Bitterfeld 29,76. Bautzen 18,31. Barren 7,50. Biberach 19,29. Breitenbach 2,46. Braun 12. Buben 106,27. Burgstädt 11,50. Bonn 47,73. Charlottenburg 190,91. Coburg 54,57. Goldsch 101,92. Tammstadt 6,87. Dresden 683,75. Döbeln 25. Döbeln Dorf 92,41. Eisenberg 29,50. Eger 24,21. Eger 805,50. Frankfurt 70. Frankfurt 27,41. Frankfurt 54,48. Gera 64,50. Heilsberg a. B. 320,77. Heilsberg a. C. 16,77. Heilsberg a. D. 24,21. Heilsberg a. E. 120,17. Heilsberg a. F. 3,87. Heilsberg a. G. 220,25. Heilsberg a. H. 15,06. Heilsberg a. I. 81,31. Heilsberg a. J. 28,52. Heilsberg a. K. 716,06. Heilsberg a. L. 30,35. Heilsberg a. M. 106,57. Heilsberg a. N. 100,00. Heilsberg a. O. 100,00. Heilsberg a. P. 100,00. Heilsberg a. Q. 100,00. Heilsberg a. R. 100,00. Heilsberg a. S. 100,00. Heilsberg a. T. 100,00. Heilsberg a. U. 100,00. Heilsberg a. V. 100,00. Heilsberg a. W. 100,00. Heilsberg a. X. 100,00. Heilsberg a. Y. 100,00. Heilsberg a. Z. 100,00.

868,28. Rahl 721.—. Ramenz 14,55. Raghütte 67,17. Kloster-Wehra 6,75. Kopenhagen 29,37. Kolmar 143,95. Königszell 54,17. Köpplsdorf 162,60. Köln- Ehrenfeld 7,88. Mannheim 10,71. Kronach 184,05. Rupp 85,75. Langewiesen 116.—. Lettin 55,50. Lengsfeld 133,56. Leipzig 68,46. Magdeburg 9,75. Manebach 60,83. Margarethenhütte 98,81. Markt- Redwitz 96,82. Martinroda 66,66. Meissen 300,52. Meuselbach 42.—. Moschendorf 473,90. München 10,30. Neuhäus 35,49. Neuhaldensleben 102,41. Reulmungen 57,10. Nürnberg 70,50. Roffen 33,66. Rymphenburg 33,87. Oberhausen 119,75. Oberhohndorf 229,20. Oberkötzig 48,84. Ohrdruf 307,57. Blaue 336,50. Pforzheim 110,64. Posthappel 224,21. Probstzella 48,13. Rathenow 53,45. Rehau 190,11. Reichenbach 41,60. Rheinsberg 31,77. Roda 101,52. Roslau 164,25. Rudolstadt 1011,59. Saargemünd 35,06. Selb 476,23. Sigendorf 54,47. Sorau 12,28. Sorgau 248,26. Sophienau 166.—. Suhl 109,22. Spandau 42,10. Schechwitz 306.—. Schlierbach 378,75. Schney 56,94. Schramberg 118,45. Schönwald 272,50. Schramberg 218,64. Schwarzja 83,57. Schwarzenbach 12.—. Staffel 5.—. Stadtilm 94,06. Tambach 2.—. Tettau 105,33. Tiefenfurt 261,09. Tirschenreuth 11,6.—. Uhlstädt 77,96. Untermhaus 5,61. Unterpörlitz 161,71. Unterweißbach —.—. Begeß 59,44. Vordamm 114,72. Waldenburg 395,34. Waldfassen —.—. Weiden 44,89. Weingarten 70,79. Wallendorf 11,55. Weiswasser 58,57. Wittenberg 143,22. Wunstedel 218,47. Wilda 12,35. Zell 271,25. Böhme-Eisenberg 10.—. Borschte- Königszell 2.—. Bey-Charlottenburg 10.—. Flohe- Nitawasser 6,15. Goerke-Charlottenburg 43,40. Heine- Eisenberg 8.—. Haupt-Dresden 58,35. Heine-Alt- haldensleben 15.—. Lesehalle-Berlin 1,40. Lange- Götze 4.—. Maden-Kopenhagen 9.—. Mundel-Schön- wald 2.—. Palsne-Fischern 8.—. Rottmann-Stadtilm 10,80. Seifert-Zwickau 14,60. Seeliger-Stanowitz 2.—. Schneider-Berlin 6,00. Schierholz-Blaue 2.—. Schmidt-Weiswasser 2.—. Thiele-Schönau 8,11. Wagner-Altaldensleben 2.—. Wunderlich-Selb 2.—. Summa 19 748,07 Mt.

**Von der Hauptkass. sind im 3. Quartal 1900 zurückgezogen.**

Nitawasser 300.—. Arzberg 1549.—. Berlin I 50.—. Blankenhain 175.—. Breitenbach 75.—. Budau 186,52. Burgstädt 1850.—. Bonn 1000.—. Bres- lau 3720.—. Cobitz 1412,80. Darmstadt 30.—. Dresden 300.—. Döbeln 40.—. Eisenberg 1300.—. Fraureuth 400.—. Frankfurt 130.—. Freienortla 300.—. Gera 60.—. Hüttensteinach 20.—. Hohen- berg 1694,20. Jmenau 593,51. Raghütte 16,76. Kolmar 100.—. Königszell 79,88. Köln- Ehrenfeld 15,30. Mannheim 58,75. Langewiesen 100.—. Leipzig 62,16. Magdeburg 271.—. Martinroda 10.—. Meissen 100.—. Neuhäus 40.—. Oberkötzig 752.—. Post- schappel 100.—. Rehau 800.—. Rheinsberg 2850.—. Rudolstadt 1436,15. Sorau 100.—. Schechwitz 359,02. Schlierbach 7,47. Schney 470.—. Schönwald 1820.—. Schwarzja 60.—. Staffel 50.—. Tiefenfurt 250.—. Untermhaus 280.—. Vordamm 600.—. Waldenburg 50.—. Wittenberg 390.—. Wilda 220.—. Summa 26 747,47 Mt.

**Quittung über eingeladte Sanktionen im 3. Quartal 1900.**

Nitawasser 10.—. Altaldensleben 8,39. Arzberg 2,88. Bapreuth 1,90. Blankenhain 7,92. Biberach 1,04. Breitenbach 1,20. Charlottenburg 15,46. Coburg 8,84. Cobitz 11,96. Darmstadt 1,12. Düsseldorf 11,92. Eigersburg 2,06. Fraureuth 11,44. Frankfurt 3,91. Freienortla 3,33. Gera 10,90. Geringswalde 5.—. Geschwenda 7,91. Götha 28,37. Gräfenroda 2,76. Gräfenhain 2,22. Hamm 1,80. Hausen 5,71. Herm- dorf 47,78. Hirschau 2,60. Hirschberg 2,68. Hütten- steinach 26,55. Hohenberg 7,10. Ramenz 1,05. Ragh- hütte 4,16. Kopenhagen 1,14. Kolmar 19,70. Königs- zell 3,29. Köpplsdorf 7,52. Rupp 3,50. Lengsfeld 10,28. Leipzig 2,30. Manebach 2,77. Margarethen- hütte 4,87. Markt-Redwitz 5,55. Martinroda 4,16. Meuselbach 1,72. Moschendorf 20,37. München 5.—. Neuhäus 1,68. Neuhaldensleben 21,76. Oberhohndorf 10,28. Oberkötzig 3,95. Oberkötzig 3,16. Pforzheim 4,64. Posthappel 10,24. Probstzella 3,43. Rathenow 2,75. Rehau 16,36. Reichenbach 1,88. Rheinsberg 12,67. Roda 5,80. Selb 31,25. Sigendorf 2,56. Sorau 6,28. Sophienau 5.—. Suhl 7,80. Spandau 3,35. Schechwitz 16,61. Schlierbach 38,60. Schney 3,46. Schramberg 4,80. Schwarzja 9,82. Schwarz- bach 4,50. Stadtilm 9,06. Tettau 5,33. Tiefenfurt 31,34. Untermhaus 2,36. Unterpörlitz 8,79. Begeß 3,24. Vordamm 5,72. Wallendorf 4,60. Weiswasser 9,28. Wittenberg 21,22. Wunstedel 9,43 Mt. Summa 696,93 Mt.

**Quittung über eingeladte Beiträge zur freiwilligen Unterstützung vom 1. Juli bis 18. Oktober 1900.**

Nitawasser 50.—. Berlin II 250.—. Blankenhain 20.—. Budau 10.—. Charlottenburg 20.—. Coburg 20.—. Dresden 80.—. Eigersburg 10.—. Frau- reuth 30.—. Freienortla 10.—. Freiwaldau 5.—.

Fürstenberg a. W. 20.—. Fürstenberg a. D. 8.—. Gera 30.—. Geschwenda 20.—. Gräfenhain 50.—. Gräfenroda 30.—. Hermisdorf 30.—. Hüttensteinach 75.—. Hohenberg 10.—. Jmenau 70.—. Rahl 80.—. Raghütte 10.—. Köpplsdorf 5.—. Rupp 15,75. Langewiesen 10.—. Lettin 31,15. Lengsfeld 8,70. Martinroda 20.—. Moschendorf 40.—. Ober- hausen 50.—. Oberhohndorf 10.—. Ohrdruf 55.—. Blaue 40.—. Posthappel 45.—. Probstzella 15.—. Rehau 15.—. Reichenbach 5.—. Rudolstadt 50.—. Selb 30.—. Sorgau 20.—. Sophienau 30.—. Suhl 10.—. Spandau 6,35. Schlierbach 30.—. Schney 10.—. Schönwald 50.—. Schramberg 20.—. Schwarzja 30.—. Schwarzenbach 14.—. Staffel 10.—. Stadtilm 50.—. Tiefenfurt 100.—. Uhlstädt 8,80. Weingarten 9,50. Weiswasser 15.—. Wittenberg 40.—. Zell 45.—. Annaburg 4.—. Emmrich 4,50. Krummenab 29,60. Mitterteich 2,50. Ortsgruppe Merkelharz 20,30. Summa 1 973,65. W. Herden, Verbandskassirer.

**Aus unserm Berufe.**

**— In Rudolstadt (Streit bei Schäfer u. Vater)** passieren jetzt Dinge, die jedenfalls so manchen dortigen Pflister mit Angst und Schrecken erfüllen. Nicht genug, daß einer der Streikenden einen Meineidsprozeß über sich ergehen lassen muß, weil er beschworen hat, daß er von der Verbandsleitung nicht zum Streit aufgefordert resp. bedroht werden sei, wird nun auch ein Stückchen „Landfriedensbruch“ die Öffentlichkeit beschäftigen. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend kam es auf der Straße zu einer Schlägerei zwischen Streikbrechern und, wie die Polizei und die Streikbrecher behaupten, Streikenden. Folgedessen sind eine ganze Anzahl der Letzteren verhaftet worden (9), auch wurden Ver- nehmungen vorgenommen, kurz es scheint sich in dem sonst so stillen Rudolstadt etwas Außergewöhnliches vorzubereiten.

Bei solchen Anlässen, wo ja immer nur die Streikenden diejenigen sein müssen, die gesündigt haben, unterläuft nun in der ersten Hitze manche Uebertreibung von allen Seiten, wir wollen deshalb ruhig abwarten, was für Thatsachen bei der ganzen Angelegenheit herauskommen. Die bisher beachtete Disziplin und geschlossene Einheit der Streikenden giebt uns die Gewähr, daß sie keinesfalls sich außer- ordentlich vergangen haben können.

Einige ungelernete Arbeitswillige haben wieder angefangen und ist im Allgemeinen der Zugang nach Rudolstadt durchaus nicht gering. Unsere dortigen Genossen haben dadurch sehr viel Arbeit, die Ankommenden über die Situation aufzuklären. Deshalb ist dafür zu wirken, daß jeder Zutritt nach dort streng ferngehalten wird.

Die Klage gegen die 23 Formerinnen (auf Entschädigung wegen Kontraktbruch) hat die Firma Sch. u. V. retour genommen. Wenn ein Vater so etwas thut, ganz besonders be- achtenswerth!

Die Berufsgenossen und -Genossinnen aller- orts mögen den Rudolstädter Kämpfenden helfend zur Seite stehen, halbiert Zugang fern! gedenket durch Einsendung freiwilliger Be- träge der Unterstützung der 40 soli- darischen Formerinnen!

**— Jmenau.** In dem Ausstand bei wenig geändert. Zwei Arbeitswillige hatten gefangen, aber nach zwei Tagen wieder auf- geseht. Die letzte Woche soll nun ein Rheinländer angefangen haben; wenn dieser auch nicht li- ger aushält, als er wirklich Beschäftigung findet, dann hat Herr Stad- die Ausgesperrten hatten sich eines Gewerbegerichts an der Vorstand gewandt, mit der mittelnd eingreifen, Herr Stad- hardt kam dem auch bereitw- Stadt hat es aber abgelehnt. Schreiben eingelad.

„Vöbl. Stadtgemeinde-2- Huldgabe der Anlage müssen

wir mit Leuten, die Alles, was wir für sie ge- than mit Bosheit und Gemeinheit entgelten, niemals in gütliche Verhandlung treten können; es ist uns das im Grunde der Seele zu- wider und unmöglich. Wenn die fraglichen Leute bei uns höflich um Arbeit nachfragen und gewisse Vorbedingungen erfüllen, wollen wir mit ihnen nochmals einen Versuch machen und sie wieder beschäftigen. Wir hätten es wohl in der Hand, diejenigen, die sich jetzt die Ausgesperrten nennen, weil Alles anders gekommen, als wie sie sich gedacht, wegen öffentlicher Verleumdung zu verklagen, nehmen aber nach einem bekannten Sprichwort davon Abstand. Wir danken für das freundliche Anerbieten und zeichnen Hochachtungsvoll Ubiht u. Co.“

Die Arbeiter haben sich nun vergebens gefragt, was hat die Firma für uns gethan, meint Herr Stabe vielleicht die neue Fabrik, die er bauen ließ, oder das elektrische Licht, oder gar die Wasserleitung, die er legen ließ? wir wüßten thatsächlich nicht, was damit ge- meint sein soll. Recht komisch nimmt sich das Schreiben aus, erst will Herr Stabe absolut nichts mit den Leuten zu thun haben, dann ist er wieder bereit, wenn sie höflich kommen einen Versuch zu machen. Bisher sind die Leute stets höflich gekommen, aber stets schroff abgewiesen worden. Herr Stabe möchte eben, die Leute sollen sich Einer nach dem Andern anbetteln, aber so ehrlos sind sie nicht.

Von dem Geschäftsreisenden erhielt ein Mitglied die schriftliche Einladung, sich zwecks einer Besprechung in seine Wohnung zu be- geben. Das Resultat der Besprechung war Folgendes:

1. „Wir nehmen mit Vorliebe nur Nicht- verbandsmitglieder, wollen aber mit einigen unserer früheren Arbeiter (Verbandsmitglieder) einen Versuch machen, wenn dieselben sich ver- pflichten, auf ihre Kosten die in dem Artikel der „Ameise“ vom 31. August cr. der zum Bruche führte, enthaltenen Unwahrheiten und Verleumdungen nach unseren Angaben in der „Ameise“ zu widerrufen. In diesem Falle ziehen wir unsere Klage gegen die 13 Unter- zeichner jenes Artikels zurück.“

2. Eine Kündigungsfrist kann den am 4. September ausgetretenen Leuten zunächst nicht bewilligt werden, jedoch sind wir bereit, auch diesen Arbeitern später eine achttagige Kündigungsfrist einzuräumen, wenn von Seiten der wieder eintretenden Arbeiter nicht die ge- rinsten Unregelmäßigkeit, besonders gegen Nicht- verbandsmitglieder vorkommt.

3. Wir haben nur wenig Arbeit, können daher nur einen Theil der früher von uns be- schäftigten Leute wieder einstellen.“

Nach dem obigen Brief der Firma, eben- nach dem „Resultat“ der Besprechung mit dem Geschäftsreisenden zu schließen, will Herr Stabe eben strikte Unterwerfung. Daß das die be- treffenden Arbeiter nun einmal nicht thun werden, müßte ihm nun klar sein. Von 16 Ausgesperrten sind nur noch 10 arbeitslos, hoffentlich kommen diese auch bald unter; wenn das Geschäft auch momentan wenig Arbeit hat und die Arbeiter nur aus Gnade beschäftigen will, so dürfte dies aber sich wieder ändern und mögen die Berufsgenossen die Firma Ubiht u. Co. in Jmenau dann in gutem An- denken behalten.

**— Arzberg.** Zum Streit bei der Firma Reichel ist zu berichten, daß die Situation eine sehr ernste geworden ist. Der Firma ist es gelungen, mehrere Streikbrecher, haupt- sächlich aus Teutoburg (Böhmen), zu erhalten, die- selben werden in starker Begleitung vom Bahn- hofe in ihr neues Heim begleitet. Dabei spielt der Buchhalter Herr Schatz eine bedeutende

Rolle, dieser ist nach Ausbruch des Streiks nach Teplitz (von dort ist er her) gefahren, um Arbeitskräfte zu holen, was ihm auch geglückt ist. Ein Arbeitswilliger Namens Zambauer ist aus Teplitz zugereist und in Mitterteich gut bekannt. Bis jetzt arbeiten im Ganzen 8 Maler, 4 Lehrlinge und 2 ungelernete Mädchen. Es sollen diese Gesagten ganz enorme Verdienste erzielt haben, was ganz erklärlich ist, denn Herr Reichel sorgt gut für sie. Dazu wird bis spät in die Nacht gearbeitet; Vorübergehende sahen oft bis 9 Uhr Abends noch Licht. Die Arbeitswilligen nebst dem Schmelzer Andreas Selter, der früher bei Reichel beschäftigt war, zeigen besondere Lust, mit den Ausständigen handgemein zu werden. So wurden am letzten Sonntag zwei der Ausständigen belästigt und thätlich angegriffen, worunter sich der starke Herr Johann Blechschmidt besonders hervorthat. Herr Reichel geht auf keine Unterhandlungen ein, er äußerte zu wiederholten Malen, von den Streikenden überhaupt keinen mehr aufzunehmen. Die Lehrlingen sind nicht gewillt, sich zu unterwerfen; sie stehen vielmehr fest und treten zusammen und sind bemüht, anderwärts unterzukommen. Herr Reichel glaubt, mit seinen Äußerungen den Streikenden den Muth zu nehmen, er dürfte sich aber gewaltig täuschen. Wie lange Herr Reichel mit seinem treuen Personal unter Leitung des energischen Obermalers Eberhardt auskommen wird, wird die Zukunft lehren. Herr Reichel beabsichtigt, eine Fabrik zu bauen, wozu tüchtige Kräfte nöthig sind, aber es wird schwer halten, später welche zu bekommen. Natürlich wird dann Herr Eberhardt sein Möglichstes wieder thun, hat er doch in diesem Sommer geäußert, „er bekommt Maler, soviel er will“. 10 wollte er von Redwitz bringen, hat aber damit kein Glück gehabt, denn die Genossen von Redwitz kennen Herrn Eberhardt. Herr Blechschmidt, der früher seine Donnerstimme über die „Arbeitswilligen“ erschallen ließ, hat den Spieß umgekehrt, indem er nun über die Ausständigen loszieht. Dieser glaubt mit seiner enormen Arbeitskraft das Geschäft herausreißern zu können.

An freiwilliger Unterstützung ist zugegangen: Malerpersonal Lehmann (3. Rate) 6,35 Mk. Bereits quittirt 37,75 Mk. Summa 44,10 Mk. Den Gebern besten Dank.

Ein **Streik**, herbeigeführt durch die hohen Verdienste und folgedessen übermüthiger Stimmung. Als ein solches Unikum wird der Streik der Maler in Krummenaach seitens des Herrn Mannl in einem, eine ganze Seite der „Keramischen Rundschau“ ausfüllenden, auffällig gedruckten Schriftlage, bezeichnet.

Wir hatten uns hierauf bereits eine entsprechende Antwort zurechtgebaut, jedoch lassen wir diese ungedruckt, weil die Mittheilung von der dortigen Zahlstellen-Verwaltung eingegangen ist, daß der Streik zu Ende.

Die Ausständigen hatten sich schriftlich an Herrn Mannl gewandt, um eine Unterhandlung mit der Kommission zuwege zu bringen und ging Herr Mannl auch bereitwilligst darauf ein. Die Forderung der Streikenden um Verkürzung der Arbeitszeit wurde abgelehnt mit der Begründung, daß in der Oberpfalz zu viele (kirchliche) Feiertage seien und dadurch schon weniger Arbeitszeit herauskäme. — Bezüglich Lohnhöhung wurden auf diverse Artikel 5—10 Pfg. zugelegt, weiter werden mehrere Delore einfacher gehalten, so daß diese einer Lohnhöhung gleich kommt. — Eine Preisliste soll ausgehängt, eine Preiskommission soll bei Kalkulation neuer Muster zugezogen werden. — Die Arbeitsruhe am 1. Mai wurde nicht zugegeben, weil dieselbe „gesetzlich verboten“ ist. Für Reinigungs der

Malerei zwei Mal wöchentlich, Trink- und Waschwasser soll gesorgt werden. — Auszahlung der Löhne vierzehntäglich präzis 5 Uhr Abends, bessere Behandlung durch die Vorgesetzten wurde bewilligt. — Für Zustellung von reinen Blanken wird Sorge getragen. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen, wenn nicht genug Arbeit vorhanden, soll beschränkt gearbeitet werden. — Die Lohnbücher sollen am Mittag des Lohntages den Malern ausgehändigt werden, um eventuelle Fehler korrigiren zu können; bei Ausgabe der Arbeit, sollen die Preise gleich in das Buch eingetragen werden. — Nicht acceptirte Herr Mannl die Forderung, daß Nürnberger Gold angeschafft und dasselbe um 5 Mk. pro 10 Gr. abgegeben wird, wir meinen darüber ließe sich aber auch noch eine Verständigung erzielen. — Nothwendig werdende Unterhandlungen sollen nur mit der Preiscommission stattfinden. — Die Entlassung eines Kollegen (vor dem Streik) wurde nicht zurückgenommen und scheint die Firma hierzu triftige Gründe zu haben. — Zu der geforderten Entlassung der während des Streikes in Arbeit getretenen „Arbeitswilligen“ Sollfrank, Hellgert, Bilsch, konnte sich Herr Mannl nicht verstehen; wenn sich diese dem Geschäft gegenüber etwas zu schulden kommen lassen, soll es aber geschehen, die Maler könnten dieselben ja mit Verachtung strafen.

Auf Grund dieser vorstehenden Abmachung glaubten die Ausständigen recht zu handeln, (und in Anbetracht der ganzen Situation glauben wir ihnen darin Recht geben zu müssen) wenn sie Schluß des Ausstandes machten und sich mit dem Erreichten zufrieden gaben.

Durch Einstellung der diversen Arbeitswilligen mangelte es an Platz in der Malerei und konnten am 26. Oktober nur 4 der bisher Ausständigen die Arbeit aufnehmen, die übrigen alle sollen am Montag, den 29. Oktober eingestellt werden.

Dies Vorstehende der Extrait aus den Mittheilungen an den Vorstand sowie an die Redaktion.

Wir haben noch in letzter Nummer auf frühere Vorkommnisse in Mitterteich und den jetzigen Streik Bezug genommen und sind vielleicht dabei etwas drastisch geworden. Wenn eben gestreift wird und der Unternehmer seinerseits die Antipathie gegen die Organisation durch die bekannten Inserate in den Fabrikantenblättern bekundet, so unterläuft auch unsererseits manches, was man bei normalen Verhältnissen wegläßt.

Wir freuen uns, daß nun der Streik in Krummenaach beendet und hoffen, daß unter dieser Rubrik in Zukunft nur gutes von dort berichtet werden kann.

Herr Mannl wird sicher einsehen, daß mit etwas weniger Schroffheit den Wünschen der Arbeiter gegenüber, viel Ärger und Schaden vermieden werden kann und auch den Berufsgenossen legen wir ans Herz, durch korrekte Ausführung und nicht allzu „große“ übermüthige Stimmung alles zu vermeiden, was zu Differenzen Anlaß geben könnte.

Der Streik in Krummenaach ist also beendet.

**Plan.** In einer der letzten Zahlstellenversammlungen wurde u. A. über die Lichtfrage verhandelt und nach längerer Debatte 3 Mitglieder gewählt, welche in dieser Angelegenheit bei der Direktion vorstellig werden sollten. Dieses ist auch geschehen, jedoch der Bescheid war ein ablehnender; die Direktion erklärte, Freilicht nicht gewähren zu können, es würde aber, wenn auch nicht im nächsten, so doch im folgenden Jahre eine Aenderung in der Beleuchtung eintreten; bis dahin könnte also an dem, wie es jetzt ist,

nichts geändert werden. Auf Vorhalten, daß doch schon einige Fabriken ihren Arbeitern Freilicht gewährten, erklärte die Direktion, daß in anderen Fabriken auch vieles anders sei als hier und wenn sie dies einführen wollte, dann würde es uns auch unangenehm sein. Nun, warum sollte es der Arbeiterschaft nicht recht sein, wenn auch hier in der Planschen Fabrik Verhältnisse und Einrichtungen geschaffen würden, wie dieselben in anderen Fabriken schon längst bestehen? Vorausgesetzt, daß die Direktion nicht einen für die Arbeitsverhältnisse noch mehr unerträglicher werdenden Kurs einschlagen will und sich die erbärmlichste Schundbude zum Muster vorstellt; wir würden es freudig begrüßen, wenn die Direktion für geeignete Ventilation, Badeeinrichtungen und dergleichen Sorge tragen würde. Es ist doch selbstverständlich, daß jeder Arbeiter, welcher selbst für sein Licht sorgen muß, sparsam damit umgeht, und so werden denn bei den Drechern in der Dämmerstunde solche Arbeiten verrichtet, wie Masseschlagen, Auslösen der Formen, Wegpacken u. dergl., mit einem Worte, Arbeiten, welche man auch ohne helles Licht verrichten kann; bei den Malern ist es überhaupt nicht möglich, im Freilicht arbeiten zu können und da macht man ebenjalls Arbeiten, wie Farbereiben, Arbeiten in die Schmelze zu tragen u. s. w. und da keine genügende Ventilation vorhanden ist, läßt man die Zimmer; zumal zwei Schöde der Brennöfen durch die Malerlöcher gehen und dadurch bei jedesmaligem Brennen eine drückende Temperatur erzeugt wird. Zu einer solchen Zeit kam der Herr Direktor in die Malerei und frug im harschen Tone: „Na, sollen Sie Licht andrennen oder nicht, das Licht konnte überhaupt schon eine Viertelstunde brennen!“ Diese Worte gebrauchte der Herr Direktor, ohne uns einen Gruß zu bieten. Hier steht der Herr Direktor die 10 oder 15 Minuten an, welche die betreffenden Arbeiter nach seiner Meinung ausgenüzt laßen, fragt aber niemals danach, wenn die Maler nach einer Arbeit 3 bis 4 Mal in die Schmelze laufen müssen, da in Folge technischer Fehler die Waaren öfter gebrannt werden müssen. Der Herr Direktor sollte doch den technischen Vetter veranlassen, solche Fehler zu beseitigen. Es wurde nun am selben Abend der Obermaler zum Direktor gerufen und machte der Herr Direktor demselben Vorwürfe, daß er überhaupt nicht streng genug gegen die Maler vorgehe, und es müßten diejenigen, welche keine Furcht hätten, bestraft werden! Wenn die Direktion uns das Licht frei liefert, dann brennen wir auch auf Befehl an, so lange wir es aber noch selbst beschaffen müssen, gehen wir sparsam damit um. Seit 8. August arbeiten wir mit Ueberstunden und entzieht uns hieraus bei einer Arbeitsdauer bis 8 Uhr eine Mehrausgabe, welche uns billiger Weise zurückstattet werden müßte. Vor allen Dingen möge auch die Direktion dafür Sorge tragen, daß die Aborte und verschiedene andere Plätze beleuchtet werden. Stehen wir Arbeiter denn auf einer so niedrigen Stufe, daß wir nicht mal auf einigermaßen anständige Behandlung Anspruch erheben dürfen? Könnte man da nicht auf den Gedanken kommen, es wäre auf einen Konflikt abgesehen? Ferner sehen wir uns veranlaßt, auch einmal die Verhältnisse in der Formerei etwas genauer zu beleuchten. So kommt es vielfach vor, daß bei Ausgabe der Arbeitszettel eine ganze Seite mit Aufgaben von je 1 Stück beschrieben ist, was dies für den betreffenden Formier zu bedeuten hat, ist, wie wir annehmen, der Direktion völlig unbekannt. Wenn die je 1 Stück große Aufgabe besser lesende Mittel hat, dann mag das immer noch gehen; so ist es aber vielfach

der Fall, daß dabei Stücke in Betracht kommen, für die 15, 12, 10, 8 oder noch weniger Pfennige bezahlt werden. Nun ist in letzter Zeit ein auffallender Wechsel der Formenträger bemerkbar geworden und dadurch ist es den Formern manchmal fast unmöglich, die Formen zu bekommen und sind sie gezwungen, dieselben selbst zu suchen und zu holen; daß dabei oft eine Stunde und noch mehr Zeit verloren geht, brauchen wir wohl nicht weiter hervorzuheben und dann kommt es nicht selten vor, daß gleichzeitig ein Anderer und Dritter dieselben Formen braucht, in Folge dessen einer auf den anderen warten muß. Ferner ist durch den Umstand, daß immer Theile von einem Artikel zu so und so viel Anderen verwendet werden, die Herstellungsweise eine so komplizierte und verwirrende geworden, daß es oft den Eingeweihtesten unmöglich ist, flott arbeiten zu können, um Irrthümer und falsches Arbeiten zu vermeiden. Angesichts der geschilderten tatsächlichen Verhältnisse wäre es zu wünschen, daß die Direktion wohl weniger auf knechtische Furcht der Arbeiter spekulirt, sondern im Gegentheil im Interesse des Geschäftes als der Arbeiterschaft letzterer mit etwas mehr Achtung entgegenkommen möchte.

— § 120 b der Gewerbeordnung, welchen der Vorsitzende des Einigungsamtes in Sachen des Streiks bei Schäfer u. Vater in Rudolstadt verlesen hat, dürfte auch einmal wieder an dieser Stelle Platz finden, da nicht allein die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter sehr wenig sich um die Ausführung der darin festgelegten gesetzlichen Bestimmungen kümmern:

„Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, diejenigen Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten und diejenigen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu sichern.

Inbesondere muß, soweit es die Natur des Betriebes zuläßt, bei der Arbeit die Trennung der Geschlechter durchgeführt werden, sofern nicht die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes ohnehin gesichert ist.

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann“.

## Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— **Arbeitersekretariate** bestehen z. B. in folgenden Orten:

- Altenburg (S.-A.), Unterm Schlosse 1.
- Altona, Große Bergstr. 204 I.
- Beuthen (O.-S.), Schleichhausstr. 6.
- Bremen, Osterthorstr. 26 I.
- Breslau, Messergasse 18/10 I.
- Darmstadt, Elisabethstr. 31.
- Frankfurt a. M., Schnurgasse 45 I.
- Freiburg i. B., Engelbergerstr. 9 I.
- Halle a. S., Griftstr. 21.
- Hamburg, Pferdemarkt 23 II.
- Hannover, Selnestr. 17.
- Hildesheim, Judenstr. 5.
- Jena, Saalhausstr. 8.
- Mannheim, S. 3, 10.
- Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
- München, Bartholomäusplatz 6.
- Nürnberg, Spindlenplatz 22.

Pforzheim, St. Georgenstr. 48.

Posen, Grünstr. 7.

Striegau, Annengasse 4.

Stuttgart, Eßlingerstr. 17/19.

Tuttlingen, Schaffhäuserstr. 24.

Walzburg i. Schl., Töpferstr. 1.

— In der **Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses** haben im Monat September 1393 Personen 5840 mal übernachtet. Von den 1265 im September Zugereisten waren 1068 organisiert. An 24 Tagen waren sämtliche Betten besetzt, so daß nicht alle Zureisenden aufgenommen werden konnten. Bäder wurden 1908 veratmet, während der Desinfektionsapparat 19 mal in Thätigkeit trat. Am stärksten waren unter den Herbergsgästen vertreten Tischler 219, Buchdrucker 119, Schlosser 85, Schneider 78, Arbeiter 51, Bildhauer 45. Ferner logirten im Gewerkschaftshaus 2 Landwirthe, 2 Fabrikanten, 1 Ingenieur und 1 Chemiker.

— Eine **Konferenz der Gauvorsitzer des Verbandes der deutschen Buchdrucker**, die am 13. und 14. Oktober im Berliner Gewerkschaftshaus tagte und der auch die Gehilfen-Kreisvertreter der deutschen Buchdrucker-Tariforganisation beiwohnten, beschloß einstimmig folgende Resolution: „In Berücksichtigung der Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise und in der weiteren Erwägung, daß 1896 das Hauptgewicht der Tarifrevision auf die Verkürzung der Arbeitszeit gesetzt wurde und berechnete Wünsche auf Lohnerhöhung unberücksichtigt blieben, stellt sich die Gauvorsitzerkonferenz auf den Standpunkt, daß bei der nächstjährigen Tarifverhandlung in der Hauptsache Anträge auf Erhöhung des Gehaltgeldes bzw. der Grundposition gestellt werden. Es bleibt selbstverständlich Orten mit theuren Lebensverhältnissen überlassen, außerdem noch eine dementsprechende Regelung der Lokalschlüsse zu beantragen. Die Konferenz hält die Erhöhung des Tarifs in der angebotenen Form für notwendig, um die Hebung der Lebenslage aller Kollegen, auch in den kleineren Druckorten, herbeizuführen.“

— **78,3 pCt. der deutschen Bildhauer organisiert.** Der Zentralverein der deutschen Bildhauer hat eine Statistik aufgenommen, der wir folgende Ziffern entnehmen: Organisiert sind von za. 6000 im Beruf thätigen Gehilfen 4210; davon im Holzarbeiterverband 334, im Hirsch-Dunkel'schen Gewerksverein 200 und die übrigen im Zentralverein der Bildhauer. Unorganisiert sind demnach 21,7 pCt. In der Holz- und Steinbranche ist Groß- und Kleinbetrieb gleichmäßig vertheilt, in der Modellbranche überwiegen die größeren Geschäfte. Das Lehrlingswesen hält sich im Allgemeinen in normalen Grenzen. Bei den Kleinmeistern ist natürlich die größere Zahl von Lehrlingen anzutreffen, jedoch sind auch Großbetriebe vorhanden, welche die Bezeichnung „Lehrlingszuchterei“ verdienen. In der Holzbranche wird in 465 Geschäften bis zu 60, in 438 bis zu 54 und in 47 über 60 Stunden pro Woche gearbeitet; in der Steinbranche bis zu 48 Stunden in 69, bis zu 54 in 61, bis zu 60 in 11, über 60 in 2 Geschäften; in der Modellbranche bis zu 48 Stunden in 12, bis zu 54 in 165, bis zu 60 in 54 und über 60 in 2 Geschäften. Nach Branchen, wie vorstehend geordnet, zählt die Statistik 931, 234, 294, also insgesamt 1459 Geschäfte auf. Die Lohnverhältnisse geben folgendes Bild: In der Holzbranche arbeiten von 2379 Gehilfen in Lohn 1526, davon unter 25 M. 879, darüber 647 Gehilfen; in Alford 553, davon unter 25 M. 580, darüber 273 Gehilfen. In der Steinbranche stehen von 405 Gehilfen in Lohn 211, davon unter 30 M. 83, darüber 148 Gehilfen; in Alford 194, davon unter

30 M. 32, darüber 162 Gehilfen. In der Modellbranche arbeiten von 620 Gehilfen in Lohn 576, davon unter 30 M. 249, darüber 327 Gehilfen; in Alford 44, davon unter 30 M. 8, darüber 36 Gehilfen. In der Holzbranche gelten 25 M., in der Stein- und Modellbranche 30 M. als Normalverdienst.

— **Die Lage des Arbeitsmarktes.** Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen haben im Laufe des letzten Monats so zahlreich stattgefunden, daß die vom „Arbeitsmarkt“ vertretene Ansicht über die wirtschaftliche Entwicklung wohl nicht mehr als zu pessimistisch bezeichnet werden wird. Im Monat September zeigen die Arbeitsnachweise, soweit sie an die Berichterstattung der genannten Zeitschrift angeschlossen sind, überwiegend eine weitere Zunahme des Andrangs. Im Durchschnitt kamen auf 100 offene Stellen 100,6 Arbeitsuchende gegen 97,8 im Vorjahr. Daß die Zunahme nicht noch stärker war, dürfte seinen Grund in den über alles Maß zahlreichen Umzügen aus Anlaß der Miethssteigerungen in den Großstädten haben; ohne Berlin und München würde der Prozentsatz der Arbeitsuchenden 108,2 betragen (gegen 97,7 im Vorjahr). In der That hat die Zahl der Beschäftigten in den Ortskrankenkassen, die im September vorigen Jahres um 1,0 pCt. gestiegen war, diesmal nicht zugenommen, ja sie ist sogar schon um eine Kleinigkeit, 0,04 pCt., zurückgegangen. Auch im Auslande vollzieht sich eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes. In der amtlichen Statistik der französischen Syndikate wurde die Arbeitslosigkeit am 15. August bereits für 36 pCt. der Mitglieder als knapp geworden bezeichnet (gegen 28 pCt. am Schluß des zweiten Quartals). In den englischen Gewerkschaften waren Ende August 3 pCt. der Arbeiter unbekannt (gegen 2,3 pCt. im vorigen August und 2,7 pCt. im diesjährigen Juli). — Auf den Werken von Krupp in Essen ist der Lohn allgemein um 5 pCt. herabgesetzt und gleichzeitig die Ueberschichtarbeit abgeschafft worden. Andere hervorragende Werke, wie der Förder Bergwerksverein, die Dortmunder Union, das Blechwalzwerk Schulz-Knaudt sind dem Beispiel Krupp gefolgt. In der Stadt Krefeld beträgt, wie durch die drei dort bestehenden Weberverbände festgestellt wurde, die Zahl der Arbeitslosen schon 1270, eine weitere Steigerung wird als sicher erwartet. In Greiz, Reichenbach i. Vogtlde. und Rehschlaue steht die Hälfte der Webstühle still.

## Versammlungsberichte etc.

**Berlin II.** In der Anfang Oktober stattgefundenen Zahlstellen-Versammlung hielt Herr Dr. Borchardt nach Verlesung des Protokolls einen Vortrag über „Veränderungen am Himmel, die Bewegung der Erde“. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrage schilderte der Redner in eingehender und verständlicher Weise die Bewegungen unseres Planeten und die hierdurch bedingten Jahreszeiten und Zonen. Die Versammlung sollte dem Redner zum Schluß seiner Ausführungen reichen Beifall. 2. Punkt der Tagesordnung: „Geschäftliches“. Auf eine Anfrage an den Schriftführer über den Bericht in Nr. 38 der „Ameise“ entfiel eine ausgedehnte Debatte. Es würde hier zu weit führen, die einzelnen Für und Wider anzuführen. Die Mehrzahl der Mitglieder ist der Ansicht, daß Betrachtungen und Redewendungen, wodurch sich die einzelnen Mitglieder kompromittirt fühlen könnten, in Berichten und Protokollen zu vermeiden sind. Eine Anregung des Kollegen Kraag, daß die Berichte vor ihrer Veröffentlichung einer Zensur unterworfen werden sollen, wird im Allgemeinen nicht gut geheißen und speziell vom Kollegen Wollmann hervorgehoben, wo derartige Maßnahmen hinführen würden. Es sei hier bemerkt, daß unter „verständliche Menschen“ nur „verständiger Kaffee“ gemeint war, was hiermit „richtiggestellt“ ist. Die Versammlung kommt nun zur Mitgliederabstimmung. Frage 1: 33 mit nein, 11 enthalten. Frage 2: 35 nein, 3 enthalten. Frage 3: 40 ja, 2 nein. Der Bibliothekar werden 64 Mark zu Neuanschaffungen bewilligt, und werden die von dem Bibliothekar zum Ankauf vorgesehenen Bücher für gut befunden. Um unseren auswärtigen Mitgliedern gerecht zu werden, stellt die Zahlstelle folgenden Antrag an den Vorstand: „Die Zahlstelle Berlin II beantragt, aus ihrem Bildungsfond an solche neugegründete Zahlstellen, welche aus ihrem Mitgliederbestand hervorgegangen, Geldmittel zur Einrichtung von Bibliotheken bewilligen zu dürfen. Motio: Die Mitglieder haben die Mittel selbst mit aufgebracht, deswegen wird ein Antrag, für die streitenden Kollegen in Rudolstadt 60 Mark dem Hauptvorstand zu überweisen, angebracht.“

**Altona.** In der am 20. Oktober abgehaltenen Mitglieder-Versammlung ersuchte Gen. Julius Westphal

über: „Der Werth der Gewerkschaftsorganisation“. In vorzüglicher Weise entledigte Gen. Westphal seiner sich gestellten Aufgabe. Zurückweisend auf frühere Jahrhunderte wies er nach, daß schon von aller Zeit her ein Zusammenschluß von Personen, von der Blutsverwandtschaft an, stattgefunden hat zur Durchdringung gemeinsamer Interessen, was sich dann immer mehr und mehr ausdehnte, bis zu dem heutigen Zusammenschluß von Arbeitern in der Gewerkschaftsorganisation. Sodann machte der Referent in längerer Rede durch Anführung gut gewählter Beispiele den Anwesenden klar, daß das Heil der Arbeiterschaft nur in einer starken Organisation liege und daß oftmals schon das bloße Bestehen einer starken Organisation genügt, um gewisse Forderungen durchzuführen. Mit der Aufforderung, mehr wie bisher in den Versammlungen für Aufklärung und Bildung der Mitglieder zu sorgen, sowie die uns noch Fernstehenden zum Beitritt in die Organisation zu bewegen, schloß Gen. Westphal seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. In dem dem Beitrage folgenden Diskussionserkennnt sämmtliche Redner die unbedingte Nothwendigkeit einer starken Organisation an, und versprochen die anwesenden Mitglieder, nunmehr mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft für eine Erstarkung derselben einzutreten zu wollen. Der Versammlungsbesuch war ein lauer, da jetzt die hiesige Zahlstelle durch den Uebertritt der Genossen der Zahlstelle Neustadt, welche letztere sich aufgelöst hat, ca. 80 Mitglieder zählt, es nur 30 für nöthig hielten, die Versammlung zu besuchen. Ein großer Prozentsatz der fehlenden Mitglieder befand sich zur selben Zeit in den vielen hier am Orte sich befindlichen Tanzlokalen. Die nächste Versammlung findet am 10. November wiederum bei Westphal, Dorothienstraße 14 I, statt. In dieser Versammlung wird ebenfalls ein sehr interessanter Vortrag gehalten werden.

**In Moabit** fand am 18. Oktober eine Besprechung der **Isolatoren-Dreher** der Firmen Schomburg und Richter statt. Für die Isolatoren-Kommission erstattete Genosse Schneider Bericht über die in diesem Jahre stattgefundenene Bewegung. Er führte in seinem Berichte aus, daß, obgleich die aufgestellten Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, Erhöhung der Preise um 10 bis 20 pCt. nicht allgemein erreicht worden seien, so doch immerhin annehmbare Fortschritte zu verzeichnen sind. Es wurden Aufbesserungen schlecht gestellter Artikel vorgenommen von 5 bis 30 pCt. in Dornsdorf, Charlottenburg, Schomburg (Moabit), Margarethenhütte, Sophienau. Weiterhin wurde erreicht die Einführung freier Lieferung von Licht, Brettern an den Arbeitsplatz, Abschaffung des Masseschlagelbes in Berlin und Charlottenburg. Formen werden an den Platz geliefert u. s. w. Es ist daraufhin von der Kommission beschlossen worden, daß den verschiedenen Firmen mitgeteilt werden soll, daß die Einbringung der in diesem Jahre gestellten Lohnforderungen in Anbetracht der sich fortgesetzt steigenden Ausgaben für die Lebenshaltung zu gelegener Zeit wiederholt werden wird. — In Selb wird versucht, ebenfalls mit der Fabrikation von Isolatoren zu beginnen und ist hierzu der früher bei Schomburg (Moabit) thätig gewesene Direktor angestellt worden. Es wird nun aber anscheinend auch versucht, bei den betreffenden Artikeln die möglichst niedrigsten Löhne festzusetzen. Um dieses zu verhindern ist vom Vorstande über Selb die Sperre verhängt worden. — In Margarethenhütte beginnt man bereits damit, die Preise wieder zu reduzieren. Eine 15prozentige Lohnkürzung sollte am 15. Oktober in Kraft treten, gleichzeitig wurden zwei Mann gekündigt; nachdem man sich damit nicht einverstanden erklärte, wurde die Reduktion auf 10 pCt. festgesetzt — Beginn am 1. November — nun wurde aber die Kündigung auf 5 Mann ausgedehnt. Es wird mitgeteilt, daß in Margarethenhütte 22 Dreher und 6 Lehrlinge organisiert sind, ein Lehrling ist nicht organisiert. Die Kommission wird hierauf entlastet und wird beschlossen, dieselbe alljährlich neu zu wählen und halbjährlich eine kombinierte Versammlung einzuberufen, in welcher die Kommission Bericht zu erstatten hat. Es werden in die Kommission gewählt, von der Firma Schomburg: Kern, Schön, Plehl; von der Firma Richter: Wilhelm, Jacob, Richter (Karl). Als Ersatzmänner: Paulke, Schubert, Dombrowsky. Zur Verstärkung der Kommission werden bestimmt die Genossen Schneider und Roseneder. Inbezug auf die Angelegenheit Margarethenhütte erklärt die Versammlung: Die am 18. Oktober versammelten Dreher der Firma Schomburg erklären sich mit dem Vorgehen der Isolatoren-Dreher in Margarethenhütte vollkommen einverstanden und erwarten, daß dies von Seiten der Genossen in Moabit ebenfalls geschieht. Sie verpflichten sich, in dem Augenblicke, wo der Vorstand in Margarethenhütte verfehlt wird, gleichfalls die Arbeit niederzulegen. Gleichzeitig erklären sich die ebenfalls anwesenden Dreher der Firma Richter mit dem Vorgehen der Margarethenhütter einverstanden und verpflichten sich, im Differenzfalle kein Geld für die Firma Schomburg anzusetzen zu wollen.

**Düsseldorf.** In der am 19. Oktober stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde mit scharfen Worten gerügt, daß der Hauptvorstand 6-8 Wochen

vergehen läßt, ehe er es für nöthig hält, auf die von hiesiger Zahlstellen-Verwaltung eingereichten Unterstufungsanträge oder andere Angelegenheiten betreffend, derselben eine Antwort zugehen zu lassen. Sämmtliche Verwaltungsmitglieder wollten aus diesem Grunde ihr Amt niederlegen, denn eine derartige Misachtung können sie sich unmöglich gefallen lassen; aus Rücksicht darauf, daß die Neuwahlen bald stattfinden unterziehen sie es, jedoch werden sich die Folgen dieser unverzeihlichen Bummelerei des Hauptvorstandes fühlbar machen, indem sich die Mitglieder schon bedanken, unter solchen Umständen bei der im Dezember stattfindenden Neuwahl ein Vorstandsamit anzunehmen.

**Eisenberg.** Unsere letzte am 21. d. Mis. stattgefundenene Zahlstellen-Versammlung war erfreulicherweise gut besucht. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 70 Mitgliedern. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Geschäftliches; 2. Anträge und Beschlüsse; 3. Kassen und Bibliothek.

Unter Punkt 1 erfolgt zuerst die Aufnahme von 7 Angemeldeten. Hierauf wird über die Thätigkeit des Kartells Bericht erstattet. Als besonders wichtig müssen wir aus diesem Bericht die „Eichtgeldfrage“ hervorheben. Das Kartell hat Erhebungen darüber angestellt, wie weit die hiesigen Arbeitgeber den Bestimmungen der Gewerbeordnung nachkommen (§ 120a) betreffs Stellen von unentgeltlicher Beleuchtung. Die Nachfragen haben ergeben, daß von allen Branchen nur noch die Porzellanfabriken und die Osenfabrik ihren Aktordarbeitern zumuthen, selbst für Beleuchtung zu sorgen. Das Kartell gab den Delegirten der Porzellanarbeiter und der Töpfer auf, in den betreffenden Versammlungen diese Frage anzuschneiden, um diesen Uebelstand zu beseitigen. Die heutige Zahlstellen-Versammlung kommt nun zu dem Beschlusse: Von Seiten der Zahlstelle soll an sämmtliche hiesige Porzellanfabrikanten ein Schreiben gerichtet werden, ob sie gewillt sind, gemäß der Gewerbeordnung, ihren Arbeitern freie Beleuchtung zu stellen. Hierauf wird die Mitgliederabstimmung vorgenommen und ergab das Resultat folgendes: die zwei ersten Fragen mit nein; Frage 3 einstimmig mit ja beantwortet. Ferner wird beschlossen, auch dieses Jahr das Stiftungsfest würdig zu feiern und zwar durch Abendunterhaltung mit darauffolgendem Tanzchen. Es wird hierbei in scharfen Worten der Tadel ausgesprochen, daß unsere Mitglieder sich früher immer schlecht betheilig haben; hoffentlich wird es diesmal besser. Den streikenden Genossen von Schäfer u. Vater in Rudolfsstadt sollen 50 Mk. überwiesen werden. Es erfolgt hierauf die Neuwahl eines Revisors und wurde Gen. Wieland gewählt.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung wird mitgeteilt, daß J. A. Heinicke nunmehr die gesonderten Ankleideräume geschaffen hat. Eine längere Debatte entsteht über die Handlungsweise des Genossen S., welcher trotz der Verhältnisse in der Blaumalerie bei Schwabe und Genr dort in Arbeit getreten ist. Derselbe ist jedoch nach Düsseldorf abgereist. Von Seiten des Vorsitzenden wird hierauf den Genossen dringend ans Herz gelegt, auch der politischen Organisation beizutreten. Die hiesigen Gerichte haben unseren Verband nun einmal als politisch gestempelt, darum sei es nunmehr auch Pflicht eines guten Gewerkschaftlers auch politisch thätig zu sein, und dazu gehört vor allem, daß die Mitglieder dem sozialdemokratischen Verein beitreten. Zum Schluß hält Genosse S. eine wohlbedachte Ansprache, da aber die Versammlung schon lange gedauert und infolgedessen die Mitglieder ermüdet sind, muß er abbrechen und soll er seinen Vortrag in der nächsten Versammlung halten. Nach Erledigung des 2. Punktes erfolgt Schluß der Versammlung.

**Margarethenhütte.** Die am Sonntag, den 20. Oktober, stattgefundenene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich mit den schwebenden Differenzen in hiesiger Fabrik. Auf Antrag der Mitglieder ist als Vertreter des Vorstandes Gen. Schneider anwesend. Letzterer verlangt zunächst eine eingehende Schilderung des Aufanges und bisherigen Verlaufes der Angelegenheit, mit der Erklärung, welche Stellung die hiesigen Mitglieder dazu einzunehmen gedenken. Nachdem dies geschehen, erhält Gen. Schneider das Wort; dessen Ausführungen gipfeln darin, daß die hiesigen Genossen alle Verantwortung haben, gerade hier, wo die Arbeitspreise ohnehin schon 20-30 pCt. niedriger sind, als in anderen Isolatorenfabriken, alles daran zu setzen, um den fortgesetzten Reduzierungen ein Patok zu bieten; unerlässliche Pflicht eines Jeden sei es, für die aus dieser Veranlassung Genossengeiten einzutreten; Redner empfiehlt, eine neue Kommission zu wählen, welche der Firma in bestimmtester Form die Beschlüsse der heutigen Versammlung zu unterbreiten hat. Besonders beifällig wird die Mittheilung des Redners aufgenommen, daß die Genossen in Berlin und Moabit bereits beschlossen haben, sich im Falle eines Konfliktes solidarisch zu erklären. Hierauf gelangt durch Abstimmung mittels Stimmzettel folgende Resolution zu Annahme:

„Die heutige Mitglieder-Versammlung verpflichtet sich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die gemäßigtesten Kollegen einzutreten und beschließt, der Firma Folgendes zu unterbreiten: 1. Zurücknahme der

erfolgten Kündigungen; 2. Zurücknahme der angebotenen Lohn-Reduzierung; 3. Vollausbezahlung des verdienten Lohnes am Schluß der Woche; 4. Anerkennung einer Preis-Kommission.“

Hierauf Schluß 11 Uhr Abends.

**Ohrdruf.** Die letzte Zahlstellen-Versammlung war wie gewöhnlich von 20 Mitgliedern besucht. Die Zahlstelle zählt aber 120 Mitglieder. Man sollte man meinen, daß die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte die hiesigen Porzellaner endlich einmal aufwachen müßten. Falls gedacht; die Ohrdruffer Porzellaner sind trotzdem von einer Gleichgültigkeit befallen, wie man dieselbe anderen Orts wohl selten antrifft. Wo stehen denn nun die übrigen 100 Mitglieder, wenn Versammlung ist? Sehr einfach, man kann getrost behaupten, die Mehrzahl davon kann man in andern Kneipen antreffen, da wird ein Weibchen oder Glas gedroschen und sollte es mit dem Schwärzesten der schwarzen Brüder sein. Andere kommen das ganze Jahr nicht in die Versammlung, wohl aber kann man dieselben bei Fadelzügen, Sedentlimbier u. dergl. sehen antreffen. Sieht man diese dann in der Woche spät am Abend von der Arbeit kommen, so haben sie noch eine sorgfältige Zither aufgehockt, daß sie unter deren Saß bald zusammenbrechen. Fragt man andere, „Haben nicht“, was man sie nicht mehr in die Versammlung kommen, so erhält man die einfache, aber prompte Antwort: „Ich geh' ihm noch mehr hen.“ Ja, man schreit sich nicht einmal, daß in die an der Versammlungszimmer grenzende Stube zu setzen, um da mit ein paar akademischen „Fellgrauen“ einen Stot zu klopfen, unbekümmert darum, daß daneben die Zahlstellen-Versammlung stattfindet. So und auf ähnliche Weise vertreten die Ohrdruffer Porzellaner ihre Interessen. Es findet nun Montag, den 5. Noobr, wieder eine Versammlung statt und wollen wir hoffen, daß diese paar Zeilen genügen, die hiesigen Mitglieder einmal an ihre Pflicht zu erinnern, es ist doch wirklich nicht zu viel verlangt, wenn man im Monat einmal eine Versammlung besuchen soll.

Also, Porzellaner Ohrdruf, schüttelt endlich einmal diese nachkommene Gleichgültigkeit von Euch ab, denn verharret Ihr noch länger in derselben, so werdet Ihr nicht nur nicht etwas zu erringen vermögen, sondern Ihr werdet noch mehr geknechtet werden. Also, auf in die Reihen der kämpfenden Genossen!

## Literarisches.

„In Freien Stunden“ illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Bfg. Die Lieferungen 39 bis 42 enthalten die Fortsetzung des prächtig illustrierten kulturhistorischen Romans „Der Sohn des Rebellen“ von Ritter Hugo. Ferner feuilletonistische Skizzen, Novellen und kleine Notizen unter „Dies und Jenes“ und „Mit und Scher“.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von Mark 1.20, Postzeitungskatalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 Bfg.-Hefte an. Wir empfehlen unseren Lesern dringend das Abonnement; gerade dieser Roman verdient seiner Tendenz wegen die Beachtung unserer Leser: in wunderbarer Sprachschönheit schildert er uns das innerste Wesen von Aristokratie und Monarchie und erfüllt die Doppelaufgabe: erzieherisch und unterhaltend zu wirken.

**Arbeiter-Woche-Kalender 1901** mit Extrabeilage Portrait Liebknechts. Gebunden 60 Pf. — Porto 10 Pf. Was dem Inhalt bedien wir hervor: Das neue Invalidenversicherungs-Gesetz in Frage- und Antwort-Form. — 100 Jahre deutscher Städte-Entwicklung. — Der deutsche Flottenbestand und seine Kosten 1899 und 1900. — Adressen der Fabrikinspektoren, Gewerkschaftsorganisationen, Arbeitersekretariate, Parteileitung u. s. — Die wichtigsten Entscheidungen und Entdeckungen. — Ergebnisse der Reichstagswahlen 1898 mit den nachwählenden bis August 1900. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Wort und Bild unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Nachwahlen bis August 1900 u. s.

Der Arbeiter-Woche-Kalender ist ein unentbehrliches praktisches Nachschlagewerk für Gewerkschaften. Durch jede Buchhandlung beziehbar. Buchhandlung Vorwärts, Beuthstr. 2, Berlin SW.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. ist soeben erschienen Heft 9 und 10 des Literaturwerkes: **Gesundheitslehre in Staat, Gemeinde und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Bergien und Hochschulen von Emanuel Warm.

Kum dem Inhalt haben wir hervor: Die Erziehung. — Stimme und Sprache. — Geist und Muskel. — Die Muskelpflege (Gymnastik und Massage).

Kußerdem enthält Heft 10 ein Doppelheft, auf welches die **Jungermannsche** (nach Schröder) durch 23 Abbildungen veranschaulicht wird.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pfennig erschienen und in 26 Heften komplett vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen. Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

## Briefkasten.

C. R. § 128 Str.-G.-B. lautet: „Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines Anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruch mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft.“

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Ist die Handlung von einer mit Waffen versehenen Person oder von mehreren gemeinschaftlich begangen worden, so tritt Gefängnisstrafe von einer Woche bis zu einem Jahre ein.“

Abst. in Gera. Die beiden Mitglieder sollen ja tragbar werden, deswegen warle ich mit Veröffentlichung, bis dem nachgekommen.

Dr. Pers., Kolm. Schönwald ist auf Grund des § 5 Nr. 3 des Statuts im August dieses Jahres gestrichen worden.

## Adressen-Nachtrag.

Frankfurt a. M. Vorl.: Hugo Ranschke, Maler, Offenbach a. M., Moltkestr. 52. Schriftf.: Ernst Kohlstruch, Sagerstr., Frankfurt a. M., Al. Schifferstr. 5. Kass.: Gottl. Pöfker, Maler, Frankfurt, Bergerstr. 205. Revis.: Adolf Keller, Maler, Frankfurt-Bodenheim, Rauheimer Straße 17, III.

Mannheim. Schriftf.: Max Förster, Maler, Rhein. Porzellanfabrik Mannheim-Räfertal.

Krummnaab. Vorl.: Johann Döppel, Nr. 32. Revis.: Paul Keller, Nr. 32, beide Maler.

## Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung. Dienstag, 30. Oktober, Abends präcise 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Arzberg. Sonntag, den 4. November, Nachmittags 1/3 Uhr im Vereinslokal. Kassierwahl.

Berlin II. Sonnabend, den 3. November. Zahlabend. Montag, den 5. November. Verwaltungssitzung im Vereinslokal.

Bayreuth. Sonnabend, 3. November bei Friz Görl.

Blankenhain. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Buda. Die Zahlstellenversammlungen finden regelmäßig am dritten Sonnabend jeden Monats statt.

Charlottenburg. Sonnabend, 10. Novbr., Abends 8 Uhr bei Leder, Bismarck- und Rüdigerstr. Ecke. Vortrag über: Arbeitersekretariat und Gewerkschaftskartell. Die Mitglieder wollen vollständig und pünktlich zur Stelle sein.

Coburg. Sonnabend, den 3. November, Abends 1/2 6 Uhr im Vereinslokal „Zur grünen Linde“. Quartalsabschluss.

Döbeln. Sonnabend, 3. November, Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Muldenterrasse“.

Elgersburg. Sonntag, 4. November außerordentliche Zahlstellenversammlung im Vereinslokal. Abschluss.

Geringswalde. Dienstag, 6. November, Abends 1/2 9 Uhr im Hotel „Goldner Anker“. Beitragszahlen.

Geschwend. Sonntag, 4. November im Vereinslokal. Erscheinen Aller ist notwendig. Sämtliche Beitragsreste sind bis dahin zu entrichten, sonst erfolgt Abmeldung.

Gräfenthal. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 Uhr im „Schlehdau“. Sicherungsaussch.

Gausen. Sonntag, 4. November, Nachm. 1 Uhr im Vereinslokal zu Unnersdorf. Alle erscheinen!

Hermsdorf. Sonnabend, 3. November im Vereinslokal.

Jimena. Sonnabend, den 3. November im Vereinslokal. Sämtliche Beitragsreste müssen bis dahin bezahlt werden.

Kahla. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“.

Kups. Sonnabend, den 3. November, Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Bis dahin sind sämtliche Beitragsreste zu entrichten, sonst erfolgt Abmeldung.

Klein-Chrenfeld. Sonnabend, 10. Novbr., Abends 9 Uhr bei Zündorf, Deulzerstr. 336.

Marlkeuthen. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Jal. Gager. Alle Mitglieder erscheinen!

Martinroda. Sonnabend, den 3. November im Vereinslokal. Quartalsabschluss.

Meißen. Sonnabend, 3. November, Abends 8 Uhr im Restaurant „Kronprinz“. Wichtige Tagesordnung.

Ohrdruf. Montag, 5. November, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Abschluss.

Regensburg. Sonnabend, den 3. November. im Vereinslokal Pinner-Brauerei. Wichtige Besprechung, Abschluss.

Sophienau. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal Barthel. Kassenbericht. Sichtungfrage und Verschiedenes. Bibliothekbüchergabe. Alle Mitglieder erscheinen.

Spandau. Sonnabend, den 3. November, im Vereinslokal Wehe.

Tambach. Sonntag, den 4. November, Nachmittags 2 Uhr im Gasthaus „Herzog Alfred“ zu Dietzharz. Wichtige Tagesordnung.

Tettau. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 Uhr, in Christiansgrün.

Tiefenfurt. Sonnabend, 3. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Tillow. Sonnabend, den 3. November, Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

Tordamm. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Wallendorf. Mittwoch, den 7. November, Abends 8 Uhr im Vereinslokal (Bahnhofshotel). Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Weißwasser. Sonnabend, den 3. November im Vereinslokal (Café Central).

Wilda. Sonnabend, den 3. November, Abends 8 1/2 Uhr, Kronprinzenstr. 52.

## Anzeigen.

### Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w.

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 30 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A.  
Hammerstr. 12.



### Goldschmied

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.

**Emil Böhme, Eisenberg S.-A.**  
Einkaufsgeschäft für Glanzgold  
Goldschmied und alle goldhaltigen Sachen.  
Reelle und pünktliche Bedienung.  
Man verlange Prospekts. Aeltest. Geschäft dieser Art.

### Berlin II.

Der Arbeits-Nachweis der Porzellan-, Glas- und Galanterie-Maler Berlins befindet sich seit 22. Oktober

Waldemar-Strasse 65a

2. Hof. II Treppen, bei Kollegen Aug. Rey und ist geöffnet von 6-8 Uhr Abends.  
Die Verwaltung.

### Die Einzelmitglieder,

sowie die Mitglieder von Berlin II werden ersucht, Beitragsreste bis 3. November zu begleichen.

Carl Munk, Berlin SO. 36,  
Reichenbergerstr. 151.

Melsson. Den resignierenden Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß bis zur Versammlung, Sonnabend, den 3. November alle Reste begleichen sein müssen, da ich am 4. November den Abschluß fertig stelle. Gleichzeitig erlaube ich, in Zukunft die Beiträge nicht vierteljährlich, sondern möglichst monatlich in der Versammlung zu entrichten.  
S. Franz.

## Porzellanarbeiter-Versammlungen!

Sonntag, den 4. November, Nachmittags 1/3 Uhr im Gasthof „Zum grünen Baum“ in Schönwald.

Sonntag, den 4. November, Abends 8 Uhr im „Ludwigs-Keller“ in Selb.

Montag, den 5. November, Abends 8 Uhr in Moschendorf (Lokal in nächster Nummer).

Referent für diese Versammlungen ist Gen. Landtagsabgeordneter R. u. D. Wächter, Hüttensteinach über: „Die Organisation, deren Zweck und Ziele“. Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen, sorgt für guten Besuch dieser Versammlungen.

Buckau. Sonnabend, den 10. November 1900, Abends 8 Uhr

## Erstes Wintervergnügen

im „Thalia-Saal“, Dorotheenstr. 14.

Für gute Unterhaltung ist bestens gesorgt. Einladungen sind bei den Verwaltungsmittgliedern zu haben. Gäste können nur durch Mitglieder eingeführt werden. Eine zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Verwaltung.

Elgersburg. Sonntag, den 11. November, feiert die hiesige Zahlstelle ihr diesjähriges

## Stiftungsfest

im Saale des Hotel Schröder, bestehend in einer Ansprache am Nachmittage (voraussichtlich Wilhelm Bock aus Gotha). Abends: Ball.

Sämtliche Genossen von Elgersburg, sowie die Kollegen der umliegenden Zahlstellen werden hiermit freundlichst eingeladen.

Die Verwaltung.

Suhl. Sonntag, den 4. November, Nachm. 3 Uhr im Saale „Zur Dombergs Ansicht“

## Oeffentliche Versammlung

des Gewerkschaftskartells.

Tages-Ordnung: Vortrag über: „Die geplante Abänderung des Krankenkassen-Gesetzes“ und Zahlstellenversammlung“ (? D. H.). Das Erscheinen aller Porzellanarbeiter ist erforderlich. Der Einberufer.

Der Porzellandreher Gottfried Geyer aus Lauterbach in Bayern, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Ferner ersuche die Zahlstellen, die den Aufenthaltsort desselben kennen, mir denselben mitzutheilen.  
Emil Böhme, Eisenberg, S.-A.

Ein verheiratheter

## Glas- und Porzellanmaler

welcher in Blumen und Dekor arbeitet, sucht Stellung. Offerten unter 100 K. an die Redaktion.

## Ein tüchtiger Wappemaler

wird bei hohem Lohn gesucht, in dauernd guter Stellung. Nur solche mögen sich melden, welche in einem solchen Geschäft gelernt oder sich ausgebildet und sich durch Muster oder Zeugnisse ausweisen können.

G. Wesser, Leipzig, Jüdstr. 58.

## Majolikaformer

welcher auch im Formengießen Kenntnisse besitzt, in dauernd Stellung gesucht. Offerten mit Lohnansprüche an die Exped. der „Ameise“ unter Chiffre C. G. 157.

## Junger tüchtiger Glasmaler

für Schrift auf Apothekergläser gesucht. Es wollen sich nur solche melden, welche in Schrift bewandert sind. Näheres durch Oswald Bongasser, Maler, St. Georgen, Schwarzwald.

## Junger flotter Maler

gesucht, solche die sofort eintreten können, werden bevorzugt. Robert Kleinhlkolskoken, Duisburg, Oststraße 19.

## 2 Maler und 2 Druckerinnen

können sofort eintreten in der Porzellanmaler-Karl Hein, Eisenberg, S.-A.